

# Die Deutschnationale Handlungsgehilfen- Bewegung, ihr Werden



Die Deutschnationale  
Handlungsgehilfen-Bewegung  
ihr Verdegang



Vierte Auflage  
16. bis 20. Tausend

Preis 50 Pfennig

Hamburg 1909  
Buchhandlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-  
Verbandes.





A 79-7014

Und was wir hielten in der Jugend Tagen,  
Die Treue, die dem Freund ihr alles weihet,  
Ein männlich Wort, ein kühnes, frisches Wagen,  
Ein Herz für unser Volk in seinem Leid,  
Die Lieb zur Freiheit und den deutschen Glauben,  
Das Ideal soll uns kein Teufel rauben!



Die Anfänge der deutschen Handlungsgehilfen-Bewegung reichen weit zurück. Trotzdem kann man von einer eigentlichen Standesbewegung erst seit wenigen Jahrzehnten, streng genommen seit etwa zwanzig Jahren, reden.

Es ist charakteristisch, daß der älteste kaufmännische Verein in Deutschland, den wir kennen — es ist der *S t e t t i n e r*, gegründet im Jahre 1687 — seine Gründung nicht der Beschäftigung mit Standesfragen verdankt, sondern aus einem „Schützenverein der Handlungskommiss“ entstanden ist. Im achtzehnten Jahrhundert stehen die Vereinsgründungen unter dem Zeichen der Almosenpolitik, wie die Namen der noch vorhandenen Vereine erkennen lassen, beispielsweise die „Handlungsdiener-Hilfskasse in Nürnberg von 1742“, sowie das „Institut für hilfsbedürftige Handlungsdiener von 1774 zu Breslau“.

In der Zeit nach 1840 bis 1870 machte sich so etwas wie eine Standesbewegung bemerkbar. Die größeren unter den sogenannten kaufmännischen Vereinen, heute zusammengeschlossen im „Deutschen Verband kaufmännischer Vereine“ haben in dieser Zeit das Licht der Welt erblickt, während die kleineren erst meistens in den Jahren nach der Einigung Deutschlands gegründet wurden. Diese Vereine waren aber von Anfang an nichts anderes wie das, was sie heute noch vorstellen: Richtige Prinzipalsvereine, die allerdings auch den Gehilfen Zutritt gestatteten, ihnen aber praktisch keine weiteren Rechte einräumten, als diejenigen zur Zahlung des Beitrages. Damit wurde zugleich die Erlaubnis erteilt, dann und wann mit den Töchtern der Prinzipale tanzen zu dürfen.

Zu ähnlichen Gebilden entwickelten sich die an manchen Orten gegründeten Geselligkeits-Vereine junger Kaufleute, sobald aus den „Jungen“ selbständige Kaufleute geworden waren.

Eine merkwürdige Ausnahme machte die ursprüngliche Verfassung des 1870 gegründeten kaufmännischen Vereins in Danzig, der in den ersten Jahren seines Bestehens *Prinzipale* zwar als Mitglieder aufnahm, ihnen aber kein Stimmrecht gewährte.

Das Netz der Posten und Eisenbahnen dehnte sich aus, die Zahl der Zeitungen mehrte sich, und während der wandernde Handwerksbursche immer seltener wurde, brachte der fortschreitende Verkehr ein anderes Völkchen in Bewegung. Die Handlungsdiener hüpften ihre Seßhaftigkeit ein und griffen zum Wanderstab. Die Stellenvermittlung, anfänglich nur von Zeitungen und gelegentlich auch von Reisenden betrieben, wurde zum Geschäft gewerbsmäßiger Unternehmer.

Der Ruf nach Selbsthilfe hallte durch Deutschlands Gaue und zeitigte unter den Handelsangestellten das Verlangen, sich von der Bewucherung durch gewerbsmäßige Stellenvermittler und von der Almosenpolitik der Unterstützungskassen zu befreien.

So entstand im Jahre 1858 in Hamburg der „Verein für Handlungs-Kommiss von 1858“, der als Hauptzweck die Stellenvermittlung pflegte. Er gelangte zur Bedeutung, weil er seinen Sitz in der größten Handelsstadt des Deutschen Reiches hatte und an diesem Platze 35 Jahre lang der einzige kaufmännische Verein war.

So entstand 15 Jahre später, als Ableger der nach englischen Muster gegründeten Gewerk-Vereine, der „Verein der Deutschen Kaufleute“ in Berlin, der ebenfalls die Selbsthilfe zum Grundsatz erhob und als Hauptzweck die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder pflegte.

Dieser Verein war der erste, der nach seinen englischen Vorbildern Zweigvereine errichtete. Das Bedürfnis dafür war durch die geschilderten Verhältnisse gegeben, die den Ortswechsel begünstigten. Die Lokalvereine mußten für alle, die von der Freizügigkeit Gebrauch machten, an Wert verlieren.

Aus einem solchen Zweigverein, demjenigen in Leipzig, entwickelte sich 1881 der „Verband deutscher Handlungsgehilfen“. Er warf den schwerfälligen Apparat, den die Verfassung des Muttervereins in Nachahmung des englischen Beispiels darstellte, über Bord, griff den Gedanken der Zweigvereine geschickt auf und hatte den alten Verein in seiner Mitgliederzahl bald überflügelt.

Wesentlich trug zu diesem Erfolge der sozialpolitische Charakter bei, den sich der Verband anfänglich beilegte. Ein Verdienst seines Begründers *Georg Hiller* besteht in der Gründung der ersten Fachzeitschrift für Handlungsgehilfen, die unter dem Titel „Kaufmännische Blätter“ im Frühjahr 1881, vor der Gründung des Verbandes, erschien.

Die Zeiten waren andere geworden, es ging ein starkes Verlangen nach Standesarbeit durch die Reihen der Handlungsgehilfen. Die „Kaufmännischen Blätter“ brachten es rasch auf 4000 Bezieser, nicht etwa infolge der Leitartikeln, die von der Redaktion der Zeitschrift herrührten, sondern infolge der vielen warmherzig geschriebenen Sprechsaal-Artikel über Standesfragen, die von den Lesern selbst verfaßt worden waren. Aus einer noch ungedruckten Abhandlung über den Leipziger Verband seien folgende Worte angeführt:

„Es mag hier eingeschaltet werden, daß die Gründung dieser Zeitschrift, der ersten in Deutschland, die sich „insbesondere der Interessen der Handlungsgehilfen“ annehmen wollte, zweifellos eine Tat war. Und wenn all die Ströme jugendfrischer und warmherziger Begeisterung, die in den Spalten der beiden ersten Jahrgänge brandeten und brausten, von kundiger Hand in das richtige Bett geleitet worden wären, so würde Deutschland seine Handlungsgehilfenbewegung wahrscheinlich zwanzig Jahre früher gesehen haben.“

Außerlich drücken sich die Wandlungen des Herausgebers jener Zeitschrift durch die Untertitel aus. Sie wurde begründet mit der Bezeichnung:

„Fachzeitschrift für Kaufleute, insbesondere für die Interessen der Handlungsgehilfen“

Daraus wurde zwei Jahre später:

„Fachzeitschrift für den gesamten Kaufmannsstand und für die Interessen der Handlungsgehilfen“

Und wieder ein Jahr später, am 1. Januar 1884, verstand auch diese Bezeichnung und machte der folgenden Platz:

„Fach- und Zeitschrift für Kaufleute“.

Dem aufmerksamen Leser werden diese Andeutung genügen.

Der „Verein der deutschen Kaufleute“ blieb in der Entwicklung zurück. Wie wenig man in seinen Reihen die Zeichen der Zeit verstanden hat, beweist die Tatsache, daß man dort noch im Jahre 1890 einen Antrag auf Gründung einer eigenen Fachzeitschrift ablehnte.

Der Gedanke der Selbsthilfe fand im Leipziger Verbands seine Fortsetzung und drängte die idealen Aufgaben in den Hintergrund. Mit der Einrichtung von Klassen verknüpfte sich die Sorge um die Beschaffung von Geldmitteln; da die Angestellten sie nicht in ausreichendem Maße besaßen, begann das Werben um außerordentliche Mitglieder, das Buhlen um die Gunst der Prinzipale, dem damals leider mehr als nur der Untertitel der Zeitschrift geopfert worden ist. Es war für den Leipziger Verband ein Abschnitt aus seiner Geschichte, als er im dritten Jahre seines Bestehens seinen Mitgliedern melden konnte, daß ein wirklicher und wahrhaftiger Kommerzienrat das Amt eines Vertrauensmannes übernommen hatte.

Der 58er Verein folgte den Fußstapfen des jüngeren Bruders. Er gründete ebenfalls Zweigvereine und schuf Klassen. Im Austausch suchte der Leipziger Verband dem älteren Verein auf dem Gebiete der Stellenvermittlung den Rang streitig zu machen. Als sich dann der 58er Verein im Jahre 1891 durch die Begründung des „Hamburger Vereinsblattes“ ein eigenes Organ schuf, dauerte es nicht lange, bis beide Vereine sich in den Haaren lagen, weil jeder bei den Anpreisungen seiner Klasseneinrichtungen die des anderen herabsetzte. Der Kampf entbrannte zuerst im Jahre 1892 und hat sich seit dieser Zeit in gewissen Abständen immer wieder erneuert, bis beide Vereine durch das Dazwischentreten des inzwischen zur Großmacht herangewachsenen D. S. W. ab und zur Ruhe untereinander verwiesen worden sind. Ihm gebührt das Verdienst, auf den kleinlichen Hintergrund derartiger Auseinandersetzungen und auf die dabei vergessene Ständesarbeit hingewiesen zu haben. Einen beständigen Kampf um die Vorzüge der einen oder anderen Wohlfahrtseinrichtung, wie er damals an der Tagesordnung war, gibt es heute nicht mehr. Zum Dank dafür hat der D. S. W. sich die Feindschaft der beiden genannten Verbände zugezogen, aber er konnte allen Angriffen mit fröhlichem Gleichmut standhalten.

Doch davon später. In welchen vornehmen und liebenswürdigen Formen der 58er Verein und Leipziger Verband mit einander „abrechneten“, möge eine Probe beweisen, die uns beim Durch-

Blättern alter Akten gerade wieder in die Hände fiel. Im „Hamburger Vereinsblatt“, Nummer 235 vom 28. Juni 1895, wurde Herr Bernhard, der Direktor des Leipziger Verbandes, vom 68er Verein wie folgt angegriffen:

„Daß diese Erwiderung auf unsere Zurückweisung seiner gehässigen Angriffe in noch verleumderischerem Tone gehalten sein würde, als seine ersten Auslassungen, mußten wir nach dem bisherigen Verhalten des Herrn Bernhard und der übrigen Herren des Verbandsvorstandes erwarten . . . . Trotz seines vorher in prahlerischer Weise behaupteten Mutes ließ er unsere Erklärungen in den Verbandsblättern nicht mit abdrucken. Seinen Mitgliedern würden durch die Veröffentlichung unseres jetzigen Rundschreibens über das Gebahren des Leipziger Verbandsvorstandes und seines Sekretärs zu sehr die Augen geöffnet worden sein . . . . Herr Bernhard hält den Augenblick für gekommen, jetzt aufs neue seine früheren Versuche zu wiederholen, die auswärtigen Mitglieder unseres Vereines gegen uns aufzuheben. Wenn er sich hierbei als Tugendwächter aufspielt, so ist sein Gebahren um so durchsichtiger. Diejenigen, die Herrn Bernhard näher kennen, wissen zur Genüge, was sie hiervor zu halten haben.“

Recht anschaulich ist die Situation zwischen den alten Verbänden, wie sie noch bis zum Jahre 1897 bestanden hat, von einer inzwischen eingegangenen Zeitschrift, der „Kontorzeitung“, geschildert worden. Das Blatt schrieb im August 1897:

„Man verdächtigt einander, man begießt einander mit Kübeln voller Schmähungen und ist erfreut, wenn der andere wieder einmal von oben bis unten trieft. Der Hamburger Verein von 1858 lobt seine Einrichtungen: Die Leipziger Verbandsleitung sagt, das sei noch garnichts im Vergleich zu ihren Einrichtungen, die alle unübertroffen und unerreichbar daständen trotz des viel geringeren Jahresbeitrages der Mitglieder. Der Hamburger Verein lobt seine Krankenkasse, der Leipziger zieht diese mit der seinigen in Vergleich und zeigt, daß seine noch viel besser sei. Der Hamburger Verband weist auf die 2½ Millionen hin, mit welchem seine Pensions- und Altersversorgungskassen fundiert sind, der Leipziger Verband sagt dagegen, daß sein Vermögen zwar kleiner, die Leistungen seiner Klassen weit größer seien, und zum Beweise

werden hüben und drüben Paradedefälle angeführt. Und damit man sich auch innerlich, in den Zielen und Bestrebungen recht unterscheidet, wird auf sozialem Gebiete von dem einen verneint, was von dem andern bejaht wird. Der Hamburger Verband sagt, die Beitragspflicht der Handlungsgehilfen zu den staatlichen Invaliditäts- und Altersversorgungskassen sei eine Last, die ihnen abzunehmen sei, weil der Nutzen illusorisch oder ganz geringfügig sei, der Leipziger Verband erklärt in seinem Organ unterm 19. Juli das Gegenteil. Es wird die Stellungnahme des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine, in welchem der Hamburger Verein von 1858 ausschlaggebend ist, geringschätzig kritisiert, von unrichtigen Behauptungen der Hamburger Berichterstatter, von abgedroschenen und verrosteten Redensarten gesprochen, ohne den Beweis zu erbringen, worin die Unrichtigkeiten bestehen und ohne mehr zu tun, als Behauptung gegen Behauptung aufzustellen und Redensarten gegen Redensarten zu setzen. Der Einfluß des Hamburger Vereins auf die sozialpolitische Gesetzgebung sei glücklicherweise so gering, daß er in maßgebenden Kreisen keinen Eindruck erzielen könne, aber der Leipziger Verband, wird an anderer Stelle gesagt, wisse das zu erreichen, was er erstrebe.

Jeder Kenner der Verhältnisse weiß sehr wohl, auf welcher Seite mehr hohle Phrasen gedreht und mehr abgedroschene Redensarten gebraucht werden und er weiß auch, daß der Einfluß des einen Vereins auf die Gesetzgebung genau so geringfügig ist, wieder des andern, daß dieses Eigenlob hierbei schlecht angebracht ist und nur dem Bedürfnis entspringt, sich damit zu parfümieren und so gegen weitere inhaltschwere Kübel gerüstet zu sein, die man nach wie vor wechselseitig auf einander zu entleeren gedenkt.“

Also ist die Entwicklung der sogenannten Wohlfahrtsvereine beschaffen gewesen. Von einer Hingabe an die Interessen der Allgemeinheit war nichts zu spüren. Schoß hier und da wirklich einmal ein junges Reis auf dem Boden des Idealismus empor, so erfror es bald wieder oder wurde unbarmherzig geknickt. Die Handlungsgehilfen wurden zum Kultus des Geldsacks erzogen, zur trägen Gleichgiltigkeit gegenüber allen Standesfragen. Die Mitgliedskarte

der alten Verbände wurde für sie zum Wechsel, mit dem sie hinter dem Ofen haften, bis sie ihn bei einem Stellenwechsel, bei einer Krankheit oder in einer anderen Notlage zur Zahlung vorlegten.

Zuweilen wurde er eingelöst, zuweilen aber auch nicht.

Unter solchen Verhältnissen mußte jedes Gemeinschaftsgefühl ersticken, das Standesbewußtsein absterben. Nur der Standesdünkel der wenigen Auserwählten und derjenigen, die sich dafür hielten, machte sich auf diesem Boden platter Alltäglichkeit breit. Die gingen mit dem Schlagwort „Ein wirklich tüchtiger Gehilfe kommt ganz allein voran“ hausieren und ließen die anderen körperlich und geistig Hungers sterben.

\* \* \*

Unter den kleineren kaufmännischen Vereinen hatte sich der Frankfurter eine führende Stellung erworben. Er schuf sich bereits im Jahre 1890 nach dem Vorbilde des Leipziger Verbandes ein eigenes Organ, die „Kaufmännische Presse“, dessen Schriftleitung der spätere Sozialdemokrat Dr. D u a r d übernahm. In diesem Blatte wurde für einen Zusammenschluß aller kaufmännischen Vereine in geschickter Weise Stimmung gemacht und dem Einfluß des Blattes und seines Schriftleiters ist es zuzuschreiben, daß wenige Wochen nach der Begründung des Blattes die ein Jahr vorher aus der Taufe gehobene „kaufmännische Abteilung“ des Deutschen Vortrags-Verbandes (gegründet 1876) sich unter dem Namen „Deutscher Verband kaufmännischer Vereine“ selbständig machte. Eine ähnliche Vereinigung hatte bereits früher einmal bestanden, war aber wieder eingegangen.

Der neuen Vereinigung, der von ihrem intellektuellen Urheber sofort ein sozialpolitisches Gepräge aufgedrückt wurde, kamen verschiedene Umstände sehr gelegen. Die aufsteigende Sonne der Sozialreform gestattete auch denen die Beschäftigung mit sozialen Fragen, die vorher in weitem Bogen daran vorüber gegangen waren, um sich nicht unnötig zu „kompromittieren“. Sowohl der im Mai 1890 eingebrachte Gesetzesentwurf zur Regelung der Sonntagsarbeit\*) als

---

\*) Ueber die charakteristische Teilnahmslosigkeit der kaufmännischen Vereine an dem Werden der „Sonntagsruhe im Handelsgewerbe“ ist erschöpfendes Material in der gleichlautenden Schrift enthalten (Band 10 und 11 der Schriften des D. S. V.).

auch die bekannt gegebene Absicht der Regierung, eine Umfrage über die Verhältnisse der Handelsangestellten zu veranstalten, boten allerlei Beratungstoff für die erste Tagung und gaben ihr eine Bedeutung, die sie sonst nicht gehabt haben würde.

Ein kurzes Aufflammen und Versinken! Was die Geschichte jener Tage uns erzählt, ist nichts weiter als der schwache Widerschein einer allgemeinen Zeitströmung. Die Wellen brachen sich wohl an den Ufern der kaufmännischen Vereine, vermochten aber das dahinter liegende Land nicht zu befruchten.

Denn es war bereits ausgedorrt und ist es geblieben.

Aus dem Jahre 1890 stammt eine kleine, von Dr. D u a r d verfaßte und vom Frankfurter Verein preisgekürnte Schrift, die mit einem Menetekel an die alten kaufmännischen Vereine schließt:

„Die nachhaltige und gründliche Hebung des kaufmännischen Gehilfenstandes bezw. die Anregung dazu kann möglicherweise ausschließlich durch die kaufmännischen Vereine erfolgen, die heute noch die älteste und verzweigteste Organisation der Gehilfen, trotz aller neuen Verbände, darstellen. Die kaufmännischen Vereine müssen nur sämtlich ernstlich wollen — daran liegt alles. Auch in der Behandlung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen des Gehilfenstandes muß es für sie heißen: „Einer für alle und alle für einen“. Die Industriellen, die Landwirte und die Arbeiter haben durch tüchtige Organisation, aus eigener Kraft, einen weitgehenden Einfluß im öffentlichen Leben gewonnen und die Gesetzgebung zu Einrichtungen veranlaßt, welche ihnen direkten, in Geld zu berechnenden Nutzen bringen. Nur die kaufmännischen Gehilfen stehen noch zurück. Mögen sie diese Verfassung recht bald nachholen und mögen die kaufmännischen Vereine nicht zögern, die führende Rolle zu übernehmen, damit diese nicht anderen zufällt!“

Das Letztere ist bekanntlich geschehen; allerdings sind die „anderen“ an die Dr. D u a r d dachte, ebensowenig zur Führung ausgewählt worden. Er befand sich damals noch in seiner Entwicklung vom Demokraten zum Sozialdemokraten und diese hatten in ihm einen grimmigen Gegner. Seine Auslassungen gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen, vor denen er die Handlungsgehilfen in

seinem Blatte wiederholt eindringlich warnte, gehören mit zu dem besten, was zu jener Zeit darüber geschrieben worden ist.

\* \* \*

In dem vorstehenden Zitat ist zum ersten Male von einer Einwirkung auf die Gesetzgebung die Rede. Nach der Gesetzgebung rief in demselben Jahre (1890) auch Georg Hiller, als er seine Materialsammlung „Zur Lage der Handlungsgehilfen“ herausgab. An diesen Beispielen erkennt man den Wandel der Zeiten. Der Gedanke der auf sich allein angewiesenen Selbsthilfe hatte kläglich Schiffbruch gelitten und zur Unterdrückung der wirtschaftlich abhängigen Schichten geführt. Dieser Entwicklung stand das berechtigte Verlangen der unteren Volksschichten nach einem Antheil an den Fortschritten der Kultur gegenüber. Man fand einen neuen Ausdruck für die Selbsthilfe durch den Zusammenschluß und die dadurch möglich gemachte Einwirkung auf die Gesetzgebung. Die Gesamtheit — also der Staat — und ihre Gesetzgebung mußte die schwachen Glieder der Gemeinschaft stützen und ihnen ihren Antheil an den Errungenschaften der Gesamtheit sichern.

Fort mit der Selbsthilfe — her mit der Staatshilfe!

Der Ruf wurde zum Feldgeschrei der Sozialdemokratie. Eine kluge Verbindung beider Gedanken wird von ihr theoretisch bekämpft, ist aber trotzdem von den Gewerkschaften praktisch durchgeführt worden, wie denn noch immer die Praxis ihre Nährmutter Theorie beiseite schiebt, wenn diese auch zehnmal und bis zum letzten Spunkt genau die „Entwicklung“, die diese oder jene Bewegung nehmen wird, berechnet hat.

Deshalb sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften Gegensätze, deren Ausgleich nur infolge taktischer Bedenken durch gegenseitige Duldung und Nachsicht bis heute möglich gewesen ist. Allerdings kommen dabei auch noch andere Umstände in Betracht, deren Erörterung an dieser Stelle aber zu weit führen würde. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, den Lesern das verworrene Bild der politischen Parteiverhältnisse Deutschlands hier aufzurollen, es muß daher mit dieser Andeutung sein Bewenden haben.

Zu den Berufsständen, die sich parteipolitisch oder gewerkschaftlich von jeher den Bestrebungen der Sozialdemokratie ferngehalten haben, gehören die Handlungsgehilfen. Ganz gewiß haben

dabei die vorstehenden Ueberlegungen nur zu einem kleinen Teile eine Rolle gespielt, wie denn überhaupt die Ursachen dieser Erscheinung keineswegs bei der Sozialdemokratie oder ihren Zielen allein zu suchen sind. Die verhältnismäßig große Zahl der Kleinbetriebe im Handel, die damit verbundene Lebensgemeinschaft des Prinzipals und seiner Angestellten (die sogenannte freie Station); des weiteren der — trotz aller Prophezeiungen von der gegenteiligen Entwicklung — noch immer in größerer Zahl als im Handwerk, namentlich an kleineren Orten, zu beobachtende Uebergang vom Angestellten zum selbständigen Kaufmann; endlich eine gewisse, aus der Kastlosigkeit des Erwerbs zu erklärende Scheu vor der Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten, wie sie auch bei der selbständigen Kaufmannschaft gang und gäbe ist — dies und noch manches andere hat zu Hoffnungen und Anschauungen geführt, durch die bei den Handlungsgehilfen, die keine Aussicht auf spätere Selbstständigkeit hatten, das Bewußtsein ihrer Lage erst viel später erwachte als bei den Handarbeitern. Diese waren schon beim Ernten, als jene noch nicht einmal gesät hatten.

An Anstrengungen, auch unter den Handlungsgehilfen Anhänger zu finden, haben es weder die parteipolitische noch die gewerkschaftliche Richtung der Sozialdemokratie fehlen lassen.

In vorsichtiger und zurückhaltender Form, wie sie durch das Sozialistengesetz geboten war, tauchte eine sozialdemokratische Propaganda unter den Handlungsgehilfen zuerst in den Jahren 1883 und 1884 in B e r l i n auf und führte zur Gründung einer „Freien Organisation der Kaufleute“. Die Organisation blieb indessen in den ersten Anfängen stecken und löste sich nach ungefähr einjährigem Bestehen bereits wieder auf. Eine Neugründung erfolgte im Herbst 1889, diesmal unter dem Namen „Freie Vereinigung der Kaufleute“.

Von Berlin aus wurde mit einem bewundernswerten Fleiß und mit einer seltenen Ausdauer, aber noch immer erfolglos, das übrige Deutschland in Angriff genommen. Erst das Erscheinen des Gesetzesentwurfs zur Regelung der Sonntagsarbeit, den die Sozialdemokratie für ihre Zwecke auszunutzen verstand und das Erlöschen des Sozialistengesetzes, das ihr die erforderliche Bewegungsfreiheit gab, führte zu einer wahren Flut von Versammlungen in allen Teilen Deutschlands und der Gründung von sozialdemokratischen Hand-

lungsgehilfen-Vereinen in Hamburg, Leipzig und München.

Diese Erfolge hatte jedenfalls Dr. Quard im Auge, als er die vorhin erwähnte Warnung an die alten kaufmännischen Vereine schrieb.

Zu jener Zeit versuchte es auch die Sozialdemokratie mit einer eigenen Fachpresse. Das Blatt nannte sich „Kaufmännische Rundschau“, aber sein Verleger mußte es schon nach kurzer Zeit, nachdem er nicht unbeträchtliche Opfer gebracht hatte, wieder eingehen lassen. Am 15. Oktober 1892 erschien als gemeinsames Organ der Hausdiener, Bäcker, Handlungsgehilfen und Kornträger die erste Nummer des „Handelsgestellten“, wie denn überhaupt die Bewegung mehr von den Handelshilfsarbeitern als von den Handlungsgehilfen getragen wurde. Ihr politischer Charakter ist aus folgendem Selbstbekenntnis des „Handelsgestellten“ (31. Dezember 1892) ersichtlich, das zugleich ein Schlaglicht auf die damalige Beurteilung der rein gewerkschaftlichen Anschauungen durch die Sozialdemokratie wirft:

„Die Handlungsgehilfenbewegung, die hier in Frage steht, ist keine reine Gewerkschafts- oder Fachbewegung, die sich mit Unterstützungsfragen oder sonstigem Beiwerk beschäftigt, sondern eine eminent politische, eine sozialdemokratische.“

Dementsprechend wurden auch sämtliche Versammlungen mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Bis zum Herbst 1893 waren als Ergebnis einer riesigen Werbearbeit, die von der sozialdemokratischen Partei durch Entsendung von Rednern und vermutlich auch durch Geldmittel nachdrücklich unterstützt worden war, zu den erwähnten vier Vereinen noch vier andere, nämlich in Braunschweig, Dresden, Fürth und Hannover hinzugekommen, die mit den älteren insgesamt vielleicht 7—800 Mitglieder zählen mochten, davon Hamburg etwa 300, Berlin 254. Außerdem hatte sich in Berlin ein „Fachverein der Handlungsgehilfinnen“ gebildet.

Diesem Ansturm gegenüber verhielten sich die alten Vereine vollständig passiv. Sie ließen die Sozialdemokratie nicht nur gewähren, sondern vermieden es auch ihrerseits, mit alleiniger Ausnahme der vorhin geschilderten Frankfurter Periode, der sozialdemokratischen Bewegung durch das Hineintragen sozialpolitischer Gedanken in die eigenen Mitgliederreihen die Spitze abzubrechen.

Zimmerlin hatten aber die Handlungsgehilfen durch die öffentliche Besprechung des Gesetzesentwurfs zur Regelung ihrer Sonntagsarbeit so etwas wie eine Ahnung davon bekommen, daß sie auch noch auf der Welt seien und bei den politischen Parteien Anspruch auf Beachtung hätten. Umgekehrt hatten die Bemühungen der Sozialdemokratie um die Gunst der Handlungsgehilfen auch andere politische Richtungen in Bewegung gesetzt und auf diesen sozial findenden Stand aufmerksam gemacht. Die beiden nachstehenden Berichte aus der „Kaufmännischen Presse“, die die Wechselwirkung der gegenseitigen Bemühungen erkennen lassen, mögen als Dokumente aus der Handlungsgehilfenbewegung jener Zeit hier einen Platz finden. Dem genannten Blatte wurde am 30. März 1891 aus Berlin geschrieben:

„Eine kürzlich vom neugegründeten „Verein deutsch-freisinniger Handlungsgehilfen“ abgehaltene Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung des Vereins deutsch-freisinniger Handlungsgehilfen Berlins erachtet es für notwendig, die Bewegung der Gehilfen in das politische Fahrwasser zu lenken, hält für ihren Zweck einzig und allein den Verein deutsch-freisinniger Handlungsgehilfen für geeignet und ersucht alle für die Notlage ihres Standes fühlenden Handlungsgehilfen, sich diesem Vereine anzuschließen.“

Diesem Ersuchen ist jedenfalls nur sehr vereinzelt Folge geleistet worden, denn der vorstehende Bericht ist das einzige Lebenszeichen des Vereins deutsch-freisinniger Handlungsgehilfen. Wie und wann er gestorben ist, hat nicht ermittelt werden können.

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus und so finden wir den bekannten sozialdemokratischen Schriftsteller Peus bereits im Jahre 1891 auf der Wanderschaft, um über das anscheinend schon damals zeitgemäße Thema „Der Kaufmannsstand und der — Antijemitismus“ zu sprechen. Die „Kaufmännische Presse“ berichtet über den Verlauf der am 22. Mai 1891 in Magdeburg abgehaltenen Versammlung, die übrigens nach den Angaben des genannten Blattes mehr von Handarbeitern als von Handlungsgehilfen besucht war, folgendermaßen:

„In längerer über zwei Stunden währender Rede schilderte Herr Peus die Lage der Kaufleute und wie es die heutigen Ver-

hältnisse erheischten, daß auch die Handlungsgehilfen zc., trotzdem sie sich mit Armen und Reinen dagegen sträubten, Sozialdemokraten zu sein, sich mehr und mehr von den anderen Parteien abwendeten und sich der sozialdemokratischen näherten. Das Rot schimmere auch schon häufig durch, und allmählich würde es überall zum Vorschein kommen. Der größte Teil seiner Rede galt jedoch dem Antisemitismus, dem er jede Berechtigung absprach. Es sei ein großer Irrtum, gegen die Juden vorgehen zu wollen, weil sich einige derselben unter den Ausbeutern befänden. Ueberdies gebe es auch im Judentum ein großes Proletariat, man solle nur den Blick gen Osten richten. Der Antisemitismus sei nicht imstande, irgend welche Verbesserung der Lage der Handlungsgehilfen herbeizuführen. Mit den üblichen Worten, daß das einzige Heil im Anschluß an die sozialdemokratische Partei zu suchen sei, schloß der Redner seinen Vortrag, der von den Anwesenden, überwiegend Sozialdemokraten und sozialdemokratisch Angehauchten, mit anhaltendem Beifall aufgenommen wurde. Sodann fanden zwei Resolutionen Annahme, von denen die erste das Büro verpflichtet, die Bewegung unter den Kaufleuten zu fördern und eine auf sozialdemokratischen Grundsätzen beruhende freie Vereinigung der Kaufleute Magdeburgs zu gründen, während die zweite Resolution zur Bekämpfung des Antisemitismus auffordert.“

Nun, in M a g d e b u r g kam es trotzdem nicht zur Gründung eines sozialdemokratischen Vereins, aber vergegenwärtige man sich die Tatsache, daß es der Sozialdemokratie trotz der vielen ihr entgegengestellten Schwierigkeiten gelungen war, in acht größeren Städten Fuß zu fassen, und hält man daneben das erwachende sozialpolitische Verständnis der Handlungsgehilfen und die geschilderte Verständnislosigkeit oder die Unfähigkeit in den Vorständen der alten Vereine und Verbände, so bedarf es keines besonderen Scharfblickes zu der Erkenntnis, daß der Boden für die Sozialdemokratie denkbar günstig vorbereitet und die Zeit der Ernte unter den Handlungsgehilfen für sie herangerückt war.

Da trat ihr unerwartet eine neue Bewegung über den Weg, die im Sturm und Drang des Wahljahres 1893 das Licht der Welt erblickt hatte.

Die vorstehenden Schilderungen bilden den Hintergrund für die Ereignisse des Jahres 1893, soweit sie für den Zweck unserer Darstellung in Betracht kommen. Dem aufmerksamen Leser wird es ohne weiteres zum Bewußtsein gekommen sein, daß das, was jetzt folgt, sich nicht in den gesellschaftlichen Zirkeln der alten kaufmännischen Vereine, sondern auf der öffentlichen Schaubühne der Parteipolitik abspielen mußte. Die Verbindung der beiden Lager wurde erst später durch die neue Bewegung hergestellt, die ebenso mutig, wie sie der Sozialdemokratie entgegentrat, die Schläfer in den alten Verbänden aufscheuchte, in dem ihr dadurch aufgezwungenen Kampfe gegen zwei Fronten die politischen und unpolitischen Begriffe mit einander vereinigte, und sich auf diese Weise zu einer rein gewerkschaftlichen Organisation auf nationaler Grundlage kristallisierte.

In Hamburg war es, wo ein einfacher, schlichter Mann, Friedrich Raab, feines Zeichens Handwerker und Ladeninhaber, in seiner Eigenschaft als Führer der deutschsozialen Partei den Kampf gegen die politische Sozialdemokratie erfolgreich aufgenommen hatte. Er veranlaßte auch die ihm als Gesinnungsgenossen bekannten Handlungsgehilfen, sich unter Führung seines späteren Schwagers Johannes Irwahn in den sozialdemokratischen Handlungsgehilfen-Versammlungen einzufinden und als Gegner der Sozialdemokratie aufzutreten. Wie es dabei zuging, mag ein Bericht dartun, der, aus den Hamburger Tageszeitungen wörtlich übernommen, am 10. März 1893 im „Hamburger Vereinsblatt“, dem Organ des 58er Vereins, erschien:

„Eine stürmische Versammlung, auf deren Tagesordnung die Sonntagsruhe stand, einberufen von sozialdemokratischer Seite, dem Vorstand des „Vorwärts“, Verein für Handlungsgehilfen, fand am Sonntag, den 5. März, nachmittags, in Borgerts Gesellschaftshaus, Schauenburgerstraße, statt. Die Antisemiten hatten bereits vor 4 Uhr den Saal zum größten Teil mit Beschlag belegt, während die Sozialdemokraten erst gegen und nach 4 Uhr anrückten. Der Saal war überfüllt. Schon bei der Bürowahl entstand ein betäubender Lärm, indem die Sozialdemokraten den Handlungsgehilfen E. Würfel und die Antisemiten ihren Führer Friedrich Raab als ersten Vorsitzenden in Vorschlag brachten. Unter großer Unruhe wurde schließlich Friedrich Raab (Antisemit) als erster und E. Würfel (Sozialdemokrat)

als zweiter Vorsitzender, I r w a h n (Antisemit) als erster und Weber (Antisemit) als zweiter Schriftführer gewählt. Ein brausender Siegesjubel der Antisemiten folgte. Friedrich Raab brachte zunächst ein dreifaches Hoch auf Kaiser und Reich aus, in das die Antisemiten einstimmten. Es erhielt hierauf Emil Fischer, Redaktör des „Hamburger Echo“, zum ersten Punkt: „Stellungnahme zur beabsichtigten Verkürzung der Sonntagsruhe“ das Wort. Der Redner bemerkte u. a., daß es sich um eine Gefahr für die Handelsangestellten handele, die darin bestehe, daß man die erst kürzlich errungene Sonntagsruhe wieder verlieren könne. In Oberbayern habe man bereits die gesetzlichen fünf Stunden an den Sonntagen auf 12—14 Stunden, in Nürnberg auf 12 Stunden und in Fürth auf 9 Stunden ausgedehnt. Auch in Norddeutschland beginne man bereits mit Nachdruck die Sonntagsruhe zu durchlöchern. Mit den Worten: „Scharen Sie sich zu einem Verein zusammen, ob nationalliberal oder freisinnig, ob Antisemit oder Sozialdemokrat ist gleichgiltig und suchen Sie sich die Sonntagsruhe, wenn möglich, ganz zu sichern,“ schloß Fischer unter stürmischem Beifall seine Ausführungen. I r w a h n (Antisemit) forderte eine 36stündige Sonntagsruhe für alle Arbeiter und Prinzipale. Wenn Emil Fischer behaupte, daß in betreff der Sonntagsruhe das politische Glaubensbekenntnis keine Rolle spiele, so lasse sich dem wohl mit Recht widersprechen. Es sei Tatsache, daß z. B. August Bebel in seiner Broschüre „Die Frau“ ausführe, daß in einem sozialdemokratischen Staate jeder Handel überhaupt aufhören werde. Und einer solchen Partei, die den Handelsstand vernichten wolle, sollen die Handlungsgehilfen sich anschließen? (Rufe: Nein! Nein!) Mit einer Partei, die durch Anzeigen im „Hamburger Echo“ Hüte für 1 Mark 10, Ueberzieher für 6 bis 8 Mark, Stiefeletten zu 4 bis 5 Mark usw. anpreisen lasse und dadurch der schmutzigsten Konkurrenz Tür und Tor öffne, dürfe man keine Fühlung unterhalten. (Stürmischer Beifall bei den Antisemiten, Zischen bei den Sozialdemokraten.) Es entstand hierauf noch ein scharfes Wortgefecht zwischen Lebermann (Vasalleaner), Lauffötter (Sozialdemokrat), Raab (Antisemit) und dem Referenten Fischer. Unter allgemeiner Unruhe mußte die Versammlung um 6 Uhr resultatlos geschlossen werden, weil niemand sich mehr verständlich machen konnte.“

Der Kampf wurde also hier in der Weise geführt, daß man den Fuchs in seinem eigenen Bau aufstöberte. Wer erwägt, daß es seit-her niemandem eingefallen war, den Kampf gegen die Sozialdemokratie öffentlich, in ihren eigenen Versammlungen, aufzunehmen, und daß diese Arbeit angesichts der Zusammensetzung dieser Versammlungen in jeder Beziehung Mut und Ausdauer erforderte, wird das außerordentliche Beispiel zu würdigen wissen, daß durch Friedrich Raab weiteren Kreisen und durch Johann Strwan den Handlungsgehilfen gegeben wurde. Der sozialdemokratische Handlungsgehilfen-Verein mit dem stolzen Namen „Vorwärts“ in Hamburg zählte damals etwa 300 Mitglieder; hier wie in anderen Städten hatten sich den Bestrebungen manche Berufsgenossen angeschlossen, die durchaus keine Sozialdemokraten sein wollten, aber im „Vorwärts“ die sonst überall vermißte Gelegenheit fanden, sich mit sozialpolitischen Standesfragen zu beschäftigen. Das Auftreten der deutschsozialen Handlungsgehilfen brachte sofort eine Veränderung der Lage hervor: Schonungslos und mit glühender Beredsamkeit rollte Strwan in den öffentlichen Versammlungen die Endziele der Sozialdemokratie auf; dazu kam der Umstand, daß die Leiter des „Vorwärts“ durchweg aus Juden bestanden und das erfolgreiche Auftreten der deutschsozialen Handlungsgehilfen auch das nationale Gewissen ihrer deutschen Berufsgenossen wachrief. „Wie antisemitisch“ und „wie sozialdemokratisch“ wurde Feldgeschrei und der erste Erfolg auf antisemitischer Seite bestand in einem Stillstand der Mitgliederzahl des Vereins „Vorwärts“.

Die Schar derer um Raab und Strwan war dagegen im Wachsen begriffen. Es gelang ihr wiederholt, in den Versammlungen der Sozialdemokratie durch Mehrheitsbeschluß in das sogenannte „Büro“ gewählt zu werden und dadurch die Leitung der Versammlung in die Hände zu bekommen. Von Versammlung zu Versammlung wuchs die Begeisterung. Unter dem Eindruck wiederholter und in ihrer Geschichte bis dahin unerhörter Niederlagen der Sozialdemokratie tauchte nach einer solchen am Schlusse der Versammlung der Plan auf, die erprobten Kräfte zu sammeln und einen Kampfverein der Handlungsgehilfen gegen die Sozialdemokratie zu gründen. Der Vater des Gedankens war der bereits genannte Friedrich Raab, unter dessen Leitung denn auch bald darauf, am 2. September 1893, die begründende Versammlung abgehalten

wurde. Etwa dreißig Handlungsgehilfen, unter ihnen auch Richard v. Pein, zeichneten sich sofort als Mitglieder ein und wählten Johannes Irwahn zum Vorsitzenden des Bundes, der in der Laufe den Namen

Deutscher Handlungsgehilfen-Verband  
erhielt.

Wie wenig den Gründern die Tragweite ihres Beschlusses bewußt war, läßt die in den Satzungen aufgenommene Bestimmung erkennen, nach der bei einer Auflösung das vorhandene Vermögen dem „Verein für Handlungs-Kommis von 1858“ zu wohlthätigen Zwecken zufallen sollte. Ordnungsgemäß wurde dies dem 58er Verein angezeigt, der die Stiftung aber mit dem Bemerkten ablehnte, daß er von „religiösen“ Vereinen kein Geld annehmen könne. Die religiösen Bestrebungen vermutete man dort hinter dem in den Satzungen festgelegten Ausschluß der Juden aus der neu gegründeten Vereinigung, die einen ausgeprägt deutschen Charakter zeigte. Im übrigen waren die Satzungen auf einen reinen Lokalverein zugeschnitten, denn an weitere Ausbreitung dachte damals wohl keiner der Gründer. Dennoch waren die sozialpolitischen Forderungen, die der neue Verband, nebenbei als erster kaufmännischer Verein, in seinen Satzungen festlegte, im großen und ganzen dieselben, die auch heute noch von ihm vertreten werden. Der Umfang der Satzungen hat sich um das Zehnfache vermehrt, aber der Geist in ihnen ist in den fünfzehn Jahren derselbe geblieben. Als Beitrag wurde, wie es sich für bescheidene Anfänger ziemte, nur 1 Mark jährlich erhoben.

Die von dem neuen Verband herausgegebenen Flugblätter, deren Verteilung sich auf Hamburg und Altona beschränkte, enthielten insolgedessen keine nähere Ortsbezeichnung. Eines davon flatterte nach Leipzig in das Direktorialgemach des Leipziger Verbandes. Es ist bezeichnend für das damalige Verhältnis zwischen den beiden alten Verbänden, daß dieser mit dem erwähnten Flugblatt nichts anderes anzufangen wußte, als dahinter einen unlauteren Wettbewerb des 58er Vereins zu mittern. Das Leipziger Verbandsorgan — als solches war inzwischen, nachdem die „Kaufm. Blätter“ in andere Hände übergegangen waren, die „Kaufm.

Reform" (auch „Verbandsblätter" genannt) erstanden — setzte seinen Lesern am 13. Oktober 1893 die folgende Nachricht vor:

„Unter der Firma Deutscher Handlungsgehilfen-Verband hat sich, wie ein zugefandenes Flugblatt angibt, ein neuer Verein gegründet. Wo, ist aus dem Blatte nicht zu ersehen. Man dürfte es mit dem Konkurrenzmanöver eines größeren Vereins zu tun haben.“

In Hamburg-Altona war inzwischen der Sozialdemokratie in aller Form regelrecht der Krieg erklärt worden. Fast jeder Sonntagnachmittag sah in einer der beiden Städte Handlungsgehilfen-Versammlungen, die entweder vom „Deutschen Handlungsgehilfen-Verbande" oder von den Sozialdemokraten veranstaltet worden waren und in denen die beiderseitigen Gegner niemals fehlten. Es war ein frischer, fröhlicher Geisteskampf, der sich hier entwickelte; vergebens boten die Sozialdemokraten ihre besten Kräfte auf, ein Reichstagsabgeordneter nach dem andern trat für den bedrängten „Vorwärts" auf den Plan, aber selbst die in Hamburg wohlbekannte „Genossin" Frau Selma Steinbach vermochte nichts an der Tatsache zu ändern, daß den Sozialdemokraten unter heißem und unermüdlichem Ringen Schritt für Schritt der Boden streitig gemacht wurde. Die besonnenen Elemente kehrten dem „Vorwärts" den Rücken und ließen dort die Juden so ziemlich allein. Der Verein war sehr bald zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt.

In diesen Vorgängen liegt eine Bedeutung, die weit über die Interessensphäre der Handlungsgehilfen hinausragt. Zum ersten Mal hatte ein Stand, der durchaus keine Ursache hatte, mit seinen wirtschaftlichen Verhältnissen besonders zufrieden zu sein, nicht nur aus sich selber heraus das Liebeswerben der Sozialdemokratie scharf und nachdrücklich zurückgewiesen, sondern auch, wie die Folge gezeigt hat, eine Ehre darin gesucht, die vorhandenen Anfänge der sozialdemokratischen Organisationen im Keime zu ersticken.

Der Ruhm dieser verdienstvollen Arbeit gebührt einzig und allein den Gründern des „Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes", und hätte die tapfere, zielbewußte Schar, an ihrer Spitze Raab, Frwahn und von Bein, sich niemals andere Verdienste um die Handlungsgehilfen erworben, allein die Tatsache, daß sie mit einem riesigen Aufwand von Fleiß und Geschicklichkeit den Stein ins Rollen gebracht hat, sichert ihr für alle Zeiten einen Ehrenplatz

in der Geschichte der deutschen Handlungsgehilfenbewegung und den unauslöschlichen Dank in den Herzen aller deutschnationalen Handlungsgehilfen.

\* \* \*

An und für sich wäre ja die Bekämpfung der Sozialdemokratie eine vergebliche Arbeit gewesen, wenn nicht diesen Bestrebungen andere und bessere entgegengesetzt werden konnten.

Das hatte ja auch in allererster Linie zur Gründung des D. G. B. geführt, denn die bestehenden kaufmännischen Vereine hatten sich, wie schon vorhin gesagt, so viel oder so wenig mit Sozialpolitik beschäftigt, daß kein Mensch etwas davon wußte. Trotzdem nun die Gründung des Verbandes zweifellos eine solche rein gewerkschaftlicher Natur war, konnte in den Versammlungen der Gegensatz zwischen dem Partei = Antisemitismus und der Partei = Sozialdemokratie nicht vermieden werden. „Die soziale Lage der Handlungsgehilfen und die politischen Parteien“ war denn auch ständiges Thema in den Versammlungen, unter anderem auch in der ersten größeren Versammlung, die der Verband wagte und unter großen Opfern, mit einem Aufwand von etwa 300 Mark, am 11. April 1894 ins Werk setzte. Redner des Abends war der Reichstagsabgeordnete Oswald Zimmermann.

Die Versammlung war, wie die Veranstalter glaubten, ein Fehlschlag. Nur ein einziges Mitglied wurde an dem Abend aufgenommen. Aber dieses neue Mitglied heißt W i h e l m S c h a d. Schad erwies sich als ein rühriger Mitarbeiter, der deshalb sehr bald in den Vorstand gewählt wurde und hier eine mehr s h f t e m a t i s c h e Arbeit in die Wege leitete.

Langsam war inzwischen die Mitgliederzahl auf hundert angewachsen, und es konnte mit Recht als ein Ereignis angesehen werden, als bald nach jener großen Versammlung in einer viel kleineren, in der das Triumvirat F r w a h n — v o n P e i n — S c h a d Vorträge hielt, auf einmal 14 neue Mitglieder gewonnen wurden.

Indessen hatte doch die große April-Versammlung die zur Verfügung stehenden Geldmittel völlig erschöpft, so daß der Sommer ungenutzt vorüberging und erst der Herbst ins Land kommen mußte, ehe die im Winter 1893/94 so verheißungsvoll begonnene Tätigkeit im vollen Umfange wieder aufgenommen werden konnte.

Die noch nicht einmal flügge gewordene Bewegung, die bislang allein vom reinen Idealismus genährt worden war, besann sich auf ihre eigentlichen Aufgaben und erkannte die Notwendigkeit zur Schaffung fester Formen als Grundlage zukünftiger Arbeit. Die Satzungen wurden erweitert, die Satzungsauszüge mit anhängenden Beitritts-erklärungen gelangten zur Verteilung und fanden überall freundliche Aufnahme; mit Recht wurde erkannt, daß ohne ein Bindemittel der Zusammenschluß auf die Dauer unmöglich sein würde und es notwendig geworden war, eine Fachpresse zu schaffen. Der Beitrag wurde von 1 Mark auf 4 Mark jährlich erhöht, es entstanden die „Mitteilungen des deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes“. Die erste Nummer, zwei (!) Seiten stark, erschien am 1. November 1894. In dieser Nummer war nichts anderes enthalten als ein Bericht über die Hauptversammlung des Verbandes, in der die angedeuteten Beschlüsse einstimmig gefaßt worden waren, und ein von Irwahn verfaßter Aufruf an alle deutschen Handlungsgehilfen, sich dem Verbande anzuschließen, dem als wertvolles Aktenstück aus der Gründungszeit des D. S. V. ebenfalls in diesem Buche ein Platz eingeräumt werden soll. Er hat folgenden Wortlaut:

„Seit mehr als einem Jahre haben wir in zahlreichen öffentlichen Versammlungen, in der Presse und wo sich sonst Gelegenheit bot, auf die mannigfachen Schäden hingewiesen, die den Stand der Handlungsgehilfen bedrücken, wir haben versucht, weiteren Kreisen klar zu legen, daß die Ursachen, deren Wirkung wir schon heute in erschreckender Weise in der immer mehr zunehmenden Stellenlosigkeit, in dem fortschreitenden Sinken der Gehälter voraussehen, mit der Unerbittlichkeit eines Naturgesetzes allmählich zur völligen Proletarifierung unseres Standes führen müssen. Wir haben versucht, Begeisterung zu erwecken für unser großes Ziel: den Zusammenschluß aller Gehilfen zu tatkräftiger gemeinsamer Abwehr der unsern Stand bedrohenden Gefahren und vor allen Dingen sind wir bestrebt gewesen, das längst verlorene Standesgefühl, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit wieder zu erwecken, das die einzig sichere Grundlage ist, auf der wir unsere soziale Stellung gründen und befestigen können.

Wir leben in einer Zeit schwerer sozialer Kämpfe, in einer Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges, hervorgerufen durch eine undeutsche und deshalb für das deutsche Vaterland

verhängnisvolle und verderbenbringende Gesetzgebung auf wirtschaftlichem Gebiete. Das Nationalvermögen fließt mehr und mehr in einzelne Hände zu Riesenvermögen zusammen, während auf der anderen Seite die Verarmung der Massen immer größere Fortschritte macht, immer bedrohlichere Erscheinungen zeitigt und den furchtbaren Abgrund der sozialen Revolution in immer sichtbarere Nähe rückt. Alle anderen Stände haben längst begonnen, sich gegen die Gefahren, mit denen sie die wachsende Herrschaft des Kapitalismus, des mammonistischen Geistes bedroht, zu wehren. So sehen wir, wie sich bereits die Arbeitermassen zusammengeschlossen haben und so eine Macht bilden, mit der die Gesetzgebung zu rechnen hat; wir sehen, wie in jüngster Zeit auch die Landwirte sich in einem großen Bunde vereinigt haben, um ihre Interessen mit Nachdruck vertreten zu können, und wie auch das Handwerk nicht zurückgeblieben ist, sondern laut seine Stimme erhebt und seine Forderungen zu Gehör zu bringen sucht.

Nur der Stand der Handlungsgehilfen macht bisher eine unrühmliche Ausnahme, trotzdem gerade er schon aus dem Grunde mit viel größerer Siegeszuversicht in den Kampf gehen könnte als die anderen, weil die Uebelstände, an welchen er leidet, viel leichter aus der Welt zu schaffen sind, als auf allen anderen Gebieten. Die Arbeiterfrage, die Agrarfrage, die Handwerkerfrage bedürfen zu ihrer Lösung einer völligen Umgestaltung aller sozialen Verhältnisse, während uns mit viel einfacheren Mitteln geholfen werden kann. Regelung des Lehrlingswesens, der Frauenarbeit, und die Hauptsache ist getan! Dazu bedarf es keiner großartigen Umwälzungen, keiner mühsamen Hinwegräumung sich aufstürmender Hindernisse, diese Ziele sind schon in der Gegenwart leicht erreichbar, und nur deshalb sind sie nicht längst erreicht, weil sie überhaupt noch nicht erstrebt worden sind. Seit Jahrzehnten sehen wir ruhig zu, wie sich das Tor, durch welches jährlich eine Unzahl junger Leute, die zum größten Teil nicht über die für den kaufmännischen Beruf erforderlichen Vorkenntnisse verfügen, in unseren Stand hineinströmt, stets weiter öffnet, wie das Eindringen des weiblichen Elements in die Kontore und Ladengeschäfte einen immer größeren Umfang nimmt, und wie durch diese beiden Umstände nicht nur die Arbeitslosigkeit in unseren Reihen stetig wächst, sondern auch die

Arbeitsverhältnisse selbst sich mehr und mehr verschlechtern! Heute rufen wir Euch nun wiederum zu: Kollegen, schließt Euch zusammen zu einer starken Organisation, zu gemeinsamer Arbeit für Eure vitalsten Interessen! Das Ziel ist groß, aber nicht weit, das einzige wirkliche Hindernis, das auf unserem Wege liegt, ist die verdammenswerte Gleichgiltigkeit, in der wir bisher befangen gewesen sind. Ist dieser Feind erst besiegt, dann brauchen uns die paar Steinchen, die uns noch im Wege liegen, nicht zu schrecken. Darum schließt Euch uns an, in Eurer Hand liegt es, den großen Teil des deutschen Mittelstandes, den unser Stand bildet, vor der Proletarisierung, vor dem Untergange zu bewahren.“

Die ursprüngliche Absicht, den Wirkungsbereich des Verbandes auf Hamburg zu beschränken, ließ man auf nachdrückliches Drängen einiger Heißsporne im Vorstände fallen. Man entschloß sich zu einem Versuch, über die Grenzen Hamburgs hinaus zu spazieren und sandte Abzüge des vorstehenden Aufrufs mit der Bitte um kostenfreien Abdruck an etwa 200 Tageszeitungen. Nur wenige, fast ausschließlich antisemitische Blätter leisteten dem Wunsche Folge, und so kam es, daß die Anmeldungen nur vereinzelt eingingen.

Aber der Anfang war da. Der Gründung des Handlungsgehilfen - V e r b a n d e s war die Gründung der Handlungsgehilfen - B e w e g u n g gefolgt. Merkte man äußerlich auch noch nicht viel davon, sie b e w e g t e sich doch.

Auch innerlich. Die parteipolitische Färbung trat, da die Sozialdemokratie zum Rückzug geblasen hatte, mehr und mehr in den Hintergrund, während der rein gewerkschaftliche Charakter des Verbandes zur verdienten Bedeutung gelangte, nebenbei bemerkt, in völliger Übereinstimmung mit den Ansichten seines Begründers F r i e d r i c h N a a b, der sein Werk seit dem 2. September 1893 den Handlungsgehilfen zur weiteren Förderung allein überlassen hatte und dem Verband erst einige Jahre später als unterstützendes Mitglied beitrug. Da war aus dem Kindlein inzwischen schon ein strammer Bengel geworden.

Mit dieser Wandlung vom parteipolitischen zum gewerkschaftlichen Charakter mußte auch die Sozialdemokratie wohl oder übel rechnen, denn rücksichtslos wurde in ihren Versammlungen von den Gegnern, bei Strafe der gewalttätigen Auflösung, die Bedingung

gemacht, daß nur Handlungsgehilfen das Wort ergreifen dürften. Noch im Sommer des Jahres 1894 hatten die Sozialdemokraten in einer Versammlung des „Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes“ — zum letzten Male — die Mehrheit gehabt; später nützten ihnen auch die von befreundeter Seite gestellten Hilfsgruppen — Handarbeiter, Hausknechte usw. — nichts mehr, denn ihre Gegner waren immer der stärkere Teil und setzten auch in sozialdemokratischen Versammlungen alles durch, was sie wollten.

Unter frohen Hoffnungen auf die Zukunft wurde die Jahreswende 1894/95 überschritten, das neue Jahr sollte neue Kämpfe und Ueberraschungen bringen, von denen sich am Ende des alten noch niemand etwas träumen ließ.

\* \* \*

Die Kinderschuhe waren abgestreift worden, die Entwicklung des Verbandes nahm feste Formen an. Mit 76 Mitgliedern, die trotz des erhöhten Beitrages treu geblieben waren, wurde Neujahr 1895 die erste nach Nummern geordnete Mitgliederliste eingerichtet. Regelmäßige Vorstandssitzungen und Versammlungen wurden anberaumt, die wachsende Arbeit eingeteilt und die Werbearbeit energisch in Angriff genommen. Die Anmeldung neuer Mitglieder aus anderen Städten mehrte sich und sehr bald wurde der Ruf nach Versammlungen außerhalb Hamburgs laut. Am 3. Februar 1895 fuhren Irwahn und Schack nach Braunschweig, wo dem Verbande in Bertram Walterscheid ein tüchtiger Mitkämpfer erstanden war. Nach einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung wurde die erste Ortsgruppe mit 34 Mitgliedern begründet. Vierunddreißig neue Mitglieder! Bisher war 14 die höchste Zahl von Neuaufnahmen gewesen und der Jubel daheim über den glücklichen Verlauf des ersten Feldzuges kannte daher keine Grenzen. Die Freude wurde sehr bald gedämpft durch weniger gute Erfahrungen, die uns nicht erspart blieben. Eine Versammlung in Kiel am 17. März, in der wieder die beiden genannten Kollegen sprachen, brachte mit Mühe und Not 3 neue Mitglieder und erst nach einem zweiten Vorstoß wurde dort am 23. September die Ortsgruppe gegründet. In einer öffentlichen Versammlung in Wandsbek am 7. April wurde nach einem Vortrage von Bein's nicht ein einziges Mitglied gewonnen und noch

schlechter erging es Schack in einer bald darauf in H a r b u r g angelegten Versammlung, in der außer dem überwachenden Polizeibeamten überhaupt niemand erschien.

Anderere Ereignisse ließen indessen solche Enttäuschungen leicht verschmerzen. In Dresden, Berlin und Stettin hatten sich selbständige Ortsgruppen gebildet, Altona zweigte sich von Hamburg ab und in verschiedenen anderen Städten sammelte sich in aller Stille ein Kämpfer nach dem andern um die gemeinsame Fahne. Einige Tage Urlaub im Geschäft benutzte Schack, um Abstecher nach Berlin, Dresden und Hannover zu machen. In Hannover konnten mit größter Anstrengung 5 Mitglieder gewonnen werden, ein Jahr später durch denselben Redner in derselben Stadt während einer Versammlung über achtzig!

Es fehlten eben damals die Tausende, auf die heute hingewiesen werden kann; die Macht der Anschauungen mußte für sich selber wirken und wer heute in die Bewegung eintritt, kann sich schwerlich noch eine Vorstellung von den unendlichen Schwierigkeiten machen, die sich der Ausbreitung des Verbandes während des kritischen Jahres 1895 in den Weg stellten. Da galt es unverzagt auszuhalten — Beharrlichkeit führte zum Ziele. —

Nach und nach meldeten sich auch die Gegner. Das Schicksal des „Vorwärts“ in Hamburg schien allerdings endgiltig besiegelt — er zählte im Sommer 1895 nur noch 35 Mitglieder und hatte während eines ganzen Vierteljahrs ein neues Mitglied aufgenommen — aber an seine Stelle traten andere, denen die sprudelnde Frische und Tatkraft, durch die sich die junge Bewegung auszeichnete, Besorgnisse einflößte.

Mit dem Leipziger Verbands setzte es einige Vorpostengefechte, die vorläufig ohne Belang blieben. Der eingangs erwähnte Dr. Quarc-Frankfurt a. M. war inzwischen mitsamt seinem Blatte von dem „Deutschen Verband kaufmännischer Vereine“ abgeschüttelt worden und hatte in Frankfurt einen demokratisch-sozialdemokratisch gemischten „Verein für kaufmännische Angestellte“ ins Leben gerufen, der die „Kaufm. Presse“ als sein Organ übernahm. Der Vorstand bestand ausschließlich aus Juden, sein Vorsitzender hieß Moritz Loeb, der Verein war demnach ein natürlicher Gegner des D. S. V. und bald erschien denn auch keine Nummer des Blattes ohne Beschimpfungen auf unseren Verband.

In Berlin krabbelte sich sogar der „Verein der deutschen Kaufleute“ auf und erließ gelegentlich einer für dort angelegten Versammlung des D. S. V. in den Tageszeitungen und in seinem inzwischen ebenfalls begründeten Vereinsorgan, betitelt „Kaufm. Rundschau“, die nachfolgende Anzeige:

„Warnung vor Täuschung. Wie bekannt, hat sich in Hamburg ein antisemitischer „Deutscher Handlungsgehilfen-Verband“ gebildet, der auch in Berlin versucht, Propaganda zu machen. Wie wir erfahren, ist hier selbst ein Zweigverein gegründet, welcher sich die Bezeichnung Ortsgruppe beigelegt hat. Diese Bezeichnung ist dazu angetan, Irrtümer hervorzurufen, um so mehr, als binnen kurzem eine öffentliche Versammlung geplant wird. Diese „Ortsgruppe“ mit antisemitischer Tendenz ist keineswegs identisch mit dem „Verein der deutschen Kaufleute“, welcher in Berlin und Umgegend allein 11 Ortsvereine unter diesem Namen hat und welcher ein Glied der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine ist.“

So sorgten unsere Gegner selber für das Bekanntwerden unseres Verbandes. Aber Meister auf diesem Gebiete wurde der 58er Verein.

\* \* \*

Es ist schon vorhin darauf hingewiesen worden, daß die Gründer des Verbandes eine so hohe Meinung vom 58er Verein hatten, daß sie ihm sogar ihr Geld vermachen wollten, wenn der neugegründete Verband sich nicht als lebensfähig erweisen sollte. Diese Hochachtung ist eigentlich nur aus den Hamburger Verhältnissen heraus zu erklären; hier erfreute sich der 58er Verein eines allgemeinen Ansehens und verfügte in und um Hamburg über einen Stamm von etwa 20 000 Mitgliedern. Die Liebe für diesen Verein ging bei unseren Freunden sogar so weit, daß sie glaubten, ihn gegen die Angriffe der Sozialdemokratie verteidigen zu müssen und dies auch überall in nachdrücklicher Weise taten. Als aber diese verdienstvolle Tätigkeit, die eigentlich dem 58er Verein selbst zufallen mußte, mit schändem Dank vergolten wurde, indem man Irwahn und seine Freunde in der 1894er Generalversammlung recht unfreundlich behandelte, wurden diese doch stutzig und sie beschloßen, die soziale Gesinnung der leitenden Herren im 58er Verein einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen. Gelegenheit dazu bot mangels anderer

Zusammenkünfte nur die alljährlich einmal stattfindende Generalversammlung. Im Jahre 1894 hatte *Frwahn* hier den Antrag gestellt, der 58er Verein möge keine Stellen mit einem Gehalt von weniger als 900 Mark vermitteln. Ein Hohngelächter war die Antwort auf diesen wohlmeinenden Antrag gewesen, der außerdem zur Beratung nicht zugelassen wurde, da er nicht bis zur festgesetzten Frist am 1. Januar eingereicht, sondern erst in der Versammlung selber gestellt worden war. Auf eine Anregung von *Beins* zur Einschränkung der Frauenarbeit wußten die Leiter des 58er Vereins in ihrer grenzenlosen Verlegenheit überhaupt nichts zu erwidern. Für die 1895er Generalversammlung waren die Vorbereitungen rechtzeitig getroffen und von *Frwahn* und Genossen folgende Anträge eingebracht worden:

Die Generalversammlung wolle beschließen:

1. Lehrlinge, welche nicht die für den kaufmännischen Beruf erforderlichen Vorkenntnisse haben, können nicht in die Vereinsabteilung für Lehrlinge aufgenommen werden. Das geringste Maß der Schulbildung muß der Absolvierung der ersten Klasse der Volksschule entsprechen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, an den hochlöblichen Senat und an die hochlöbliche Bürgerchaft von Hamburg das Ersuchen um Errichtung staatlicher Fortbildungsschulen für kaufmännische Lehrlinge zu richten. Der Unterricht an diesen Schulen ist zu einem obligatorischen zu machen und die Lehrherren sind gesetzlich zu verpflichten, ihren Lehrlingen zweimal in der Woche vor 7 Uhr abends mindestens zwei Stunden Zeit zu geben, die Schulen zu besuchen.

Beide Anträge wurden in der Generalversammlung abgelehnt, nachdem *Frwahn* den ersten und *Schack* den zweiten ruhig und sachlich begründet hatten. Bei dem Ergebnis der Abstimmung ist zu berücksichtigen, daß gegen die Anträge allein etwa 150 Stimmen der Verwaltung, der Beamten usw. in die Waagschale fielen und daß die eigentliche Versammlung der Mitglieder in der Mehrheit zweifellos auf seiten der Antragsteller war. Die Generalversammlung war gegen frühere Jahre außerordentlich stark, von etwa 1100 Personen, gegen höchstens 200 in den Vorjahren besucht und nahm im Laufe des Abends einen sehr erregten Charakter an. Nicht wenig trug dazu die hochfahrende Behandlung bei, die sich

die Antragsteller vom Vorstande gefallen lassen mußten. Als nachts gegen 2 Uhr die letzte Abstimmung vollzogen war und ein großer Teil der Anwesenden die angebliche Mehrheit für eine Minderheit hielt und stürmisch, aber vergeblich, eine genaue Prüfung verlangte, bemächtigte sich der Versammlung eine unbeschreibliche Erregung. Die Rufe „Protestversammlung“ wurden laut und pflanzten sich auf die Straße fort; dort umringten hunderte die genannten Kollegen und verlangten unter Zusicherung ihrer Gefolgschaft ein energisches Vorgehen gegen die Verwaltung, das zunächst nur seinen Ausdruck in einer Protestversammlung finden konnte, da die Mitglieder im 58er Verein eine außerordentliche Generalversammlung nicht erzwingen konnten. Diese Protestversammlung, in der ausschließlich Mitglieder des 58er Vereins zugelassen wurden, fand am 7. Mai statt und endete mit einem vollständigen Siege der drei Redner *Irwan, von Pein und Schaack*. Eine Entschließung gegen das gehilfenfeindliche Verhalten der Leitung des 58er Vereins wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Bis hierher konnte die ganze Angelegenheit als eine innere des 58er Vereins angesehen werden, denn daß die genannten Herren als Mitglieder des 58er Vereins aufgetreten waren und nicht als Leiter des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes, bewies schon die Tatsache, daß dieser Verband garnicht daran dachte, etwa dem großen 58er Verein Konkurrenz zu bereiten. Man wollte dort ausschließlich sozialpolitisch tätig sein und hatte deshalb nicht einmal die Stellenvermittlung in die Verbandszwecke hineingezogen. Aber schon vor der Abhaltung der erwähnten Protestversammlung gefiel es der Verwaltung des 58er Vereins, den genannten, ihr unbequemen Rednern in ihrem Organ, dem „Hamburger Vereinsblatt“, unlautere Beweggründe zu unterchieben, indem sie u. a. auf deren Aemter im „Deutschen Handlungsgehilfen-Verbande“ hinwies. Durch diese Unterstellungen erreichte es der 58er Verein, daß die Auseinandersetzungen zwischen ihm und seinen Mitgliedern in dem Kampf des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes gegen den alten Verein ihre Fortsetzung fanden. Diese Verdächtigungen auf der einen Seite und andererseits das unerschrockene Vorgehen der Opponenten verschaffte ihnen von Anfang an viele Sympathien, die in einer mächtigen Kundgebung ihren Ausdruck fanden, als das Ehrengericht des 58er Vereins die unbequemen Mahner an das soziale

Gewissen der Vorstandsmitglieder kurzerhand ausschloß. Keine Gelegenheit zur Verteidigung, kein Berufungsrecht irgend welcher Art wurde den Ausgeschlossenen eingeräumt — für alle Zeiten wird dieser Vorgang ein dunkles Blatt in der Geschichte des 58er Vereins bleiben. Einige Mitglieder hatten ihre Ueberzeugung wacker und furchtlos vertreten, deshalb mußten sie beseitigt werden! Ja, der 58er Verein erniedrigte sich sogar soweit, das „Hamburger Vereinsblatt“ mit einer tendenziösen Darstellung des Ausschlusses an alle Prinzipale in Hamburg-Altona zu senden, und so die vom Ausschluß betroffenen Mitglieder auch noch der Gefahr einer Stellenlosigkeit auszusetzen. Wenn man bedenkt, welches Ansehen der 58er Verein damals in Hamburg hatte, wird man ermessen können, was diese Nechtung für unsere Freunde zu bedeuten hatte. Als sich aber am 20. September über 2000 Kollegen aus Hamburg-Altona zusammenfanden und den Ausgeschlossenen ihr Vertrauen aussprachen, wußten diese, welchen Weg sie zu gehen hatten; sozialpolitisch war vom 58er Verein nichts mehr zu erhoffen. Und die Folgezeit hat ihnen recht gegeben.

\* \* \*

Am 1. Dezember wurde in Hamburg der erste (außerordentliche) Verbandstag abgehalten, auf dem beschlossen wurde, vom 1. Januar 1896 ab die „Mitteilungen“ unter dem Titel „Deutsche Handels-Wacht“ öffentlich erscheinen zu lassen und sie also auch Nichtmitgliedern zugänglich zu machen. Auf Antrag Schack und nach dessen warmer Befürwortung wurde der Name des Verbandes in

### Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband

abgeändert. Veranlassung gab hierzu einerseits der uns vom „Verband deutscher Handlungsgehilfen“ zu Leipzig gemachte Vorwurf des unlauteren Wettbewerbs durch ähnliche Namensnennung, und andererseits die Notwendigkeit einer kurzen, knappen Bezeichnung unserer Anhänger im Gegensatz zu den Mitgliedern anderer Vereine. Die Mitglieder des Leipziger Verbandes wurden schlangweg „Leipziger“ genannt, die des 58er Vereins „58er“ oder „Hamburger“, da war für uns bei dem alten Namen die Auswahl gering.

Die neue Bezeichnung hat sich ja dann auch später außerordentlich glücklich bewährt, die „Deutschnationalen“ sind sehr bald bekannt geworden.

Die Mitgliederzahl stieg in diesem Jahr (1895) auf 570 und für den Verband trat die Nothwendigkeit der Errichtung einer eigenen Geschäftsstelle und der Anstellung eines Beamten heran. An einigermaßen sicheren Einnahmen waren allerdings nur  $570 \times 3 = 2280$  Mark für das bestehende Jahr zu erwarten, von denen noch Miete, Zeitung und andere Unkosten abzuziehen waren. Aber schon zu jener Zeit waren wir ausnahmslos von einem unvergleichlichen Wagemut befeelt und mit einem unerschütterlichen Glauben an die Zukunft unseres D. S. W. ausgestattet, der alle Hindernisse niederzwang. So wurde denn trotz der äußerlich unsicheren Aussichten das von Schack gemachte Anerbieten, sich dem Verbande als Beamter zur Verfügung zu stellen, einstimmig angenommen und Ausschau nach einem passenden Heim gehalten.

Die nach langem Suchen für die Geschäftsstelle gemieteten Räume — zwei kleine halbdunkle Zimmer — kosteten jährlich 450 Mark Miete. Voll Bangen und Hoffnung sahen Weihnachten 1895 die meisten unserer treuen Freunde ins neue Jahr hinüber. Was würde es bringen, wie würde der gewagte Schritt enden?

\* \* \*

Wohlgemut begann die Geschäftsstelle am 2. Januar 1896 ihre Tätigkeit, und man freute sich dort sehr, wenn die Tage, an denen keine Briefe und Neuanmeldungen kamen, immer seltener wurden und auch der Geldbriefträger ein guter Bekannter ward. Nun konnte man endlich auch an eine regelrechte und gleichmäßige Werbearbeit denken. Bereits Anfang März trat Schack die erste seiner Werbereisen an; damals ging es noch kreuz und quer in Deutschland, wo gerade Mitglieder vorhanden waren, und Tagesfahrten von 8 bis 10 Stunden waren keine Seltenheit. Während dieser Reise wurde auch die erste öffentliche Versammlung in Leipzig abgehalten. Als die Mitgliederzahl in Leipzig rasch wuchs und allein in einer Versammlung einen Zuwachs von 110 zu verzeichnen hatte, loberten beim Leipziger Verband auch zuerst die Funken des leidenschaftlichen Hasses hervor. Die Zahl der Gegner wuchs, aber auch die Zahl der Freunde.

Der Erfolg von über 300 neuen Mitgliedern, den Schack von seiner ersten, nur einen Zeitraum von vierzehn Tagen umfassenden Werbereise mit nach Hause brachte, mußte jeden Zweifel an die Ausdehnungsfähigkeit des Verbandes beseitigen, und mit ungestümen Hoffnungen auf die Zukunft reichten sich am Ostersonntage, dem 5. April 1896, die Vertreter von 14 Ortsgruppen die Hände auf dem ersten Verbandstage, dem der

#### erste deutsche Handlungsgehilfentag

am 6. April folgte. Die Handlungsgehilfentage sollten zum Sprachrohr der von keiner Seite beeinflussten Ansichten der Handlungsgehilfen werden, und sie haben die Erwartungen, die wir auf diese Einrichtung setzten, vollauf erfüllt. Bedeutungsvoll waren die Erörterungen auf dem Verbandstage 1896 insofern, als der Einrichtung einer

#### Versicherung gegen Stellenlosigkeit

grundsätzlich zugestimmt wurde, die Bestimmungen aber einem Ausschuß zur nochmaligen Prüfung und Berichterstattung für den nächsten Verbandstag überwiesen wurden. Daneben wurden die Satzungen geändert und die bisher einheitliche Leitung in zwei Teile getrennt, nämlich die Verwaltung unter Schacks Leitung und den Hauptvorstand (den späteren Aufsichtsrat) mit Schwahn an der Spitze.

Nun reichte sich Arbeit an Arbeit. Im Frühjahr hatte das damals im Vordergrund des Interesses stehende Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zum ersten Mal dem Verband auch einen äußeren Erfolg in sozialpolitischer Hinsicht gebracht, indem eine Eingabe mit nahezu 4000 Unterschriften bedeckt, an den Reichstag abgesandt werden konnte. Daneben war durch einen entsprechenden Vorschlag der Reichskommission für Arbeiterstatistik die Frage des Ladenschlusses in die Massen geschleudert und endlich warf die bevorstehende Prüfung des Handelsgesetzbuches ihre Schatten voraus. Aber auch die Werbearbeit wurde nicht vernachlässigt; Schack machte Abstecher nach Flensburg, Kiel, Lübeck und anderen benachbarten Orten, im Herbst flatterte auch zum ersten Mal das „Ernste Wort an die deutsche Kaufmannschaft“ ins Land hinaus, und endlich erstanden der jungen, mächtig anschwellenden Bewegung so viele neue Feinde, deren sie

sich zu erwehren hatte, daß man die ungeheure, zäher Ausdauer, mit der das Fähnlein der Getreuen in Hamburg Tag für Tag und Nacht für Nacht arbeitete, nicht genug bewundern kann. Mögen auch später noch häufig Stürme das Schiff des Verbandes umtozt und Gefahren gedroht haben — das am meisten kritische Jahr ist doch 1896 geblieben und darum gebührt allen Männern, die in jener Zeit mit hingebender Treue ihr Bestes dransetzten, um das Schiff flott zu erhalten, der Ruhm als Pioniere einer machtvollen und herrlichen Bewegung.

Feinde ringsum! Die Sozialdemokraten wagten da und dort noch einen Strauß mit uns, aber ihre Bewegung hatte an Kraft verloren. In allen Städten, wo Ortsgruppen unseres Verbandes entstanden, wiederholte sich das in Hamburg eingangs geschilderte Schauspiel und die überdies durch innere Streitigkeiten zermühlte Sozialdemokratie im Handelsgewerbe mußte überall das Feld räumen.

Desto höher erhoben die anderen Feinde ihr Haupt! Wir wären zehnmal totgeschlagen, wenn alles das wahr gewesen wäre, was in dieser Zeit Nummer für Nummer in der „Kaufmännischen Presse“, und in der „Kaufmännischen Rundschau“ den Lesern aufgetischt worden ist. Ließt man heute das Geschreibsel wieder einmal durch, so muß man sich über die Nerven wundern, die das ausgehalten haben und den fröhlichen Gleichmut segnen, der von dergleichen nur dann und wann, wenn es einmal gar zu arg getrieben wurde, Anmerkung nahm.

Nach und nach setzte auch der Leipziger Verband mit schärferen Angriffen ein, in jener Zeit sprach sein Direktor **Georg Bernhard** das historisch gewordene Wort von der „Eintagsfliege“. Der Anführer und Heerführer im Streite blieb aber der 58er Verein, was zu seinem traurigen Ruhme nicht verschwiegen werden kann. Seit den Begebenheiten des Vorjahres hatte der Kampf in der beiderseitigen Presse weitergetobt und auch in der 1896er Generalversammlung des 58er Vereins wieder eine Rolle gespielt. Und wieder wurden elf Mitglieder ausgeschlossen und wieder kam es zu einer mächtigen Kundgebung für die Ausgeschlossenen. Hamburg sah die größte Handlungsgehilfenversammlung, die es wohl jemals gegeben hat; mehr als 3000 Standesgenossen drückten einmütig ihre Empörung über das brutale Vorgehen der Verwaltung des 58er

Vereins aus, und seit der Zeit — es sei dahingestellt, aus welchen Gründen — änderte der Verein auf Jahre hinaus seine Taktik gegen die Deutschnationalen, indem er sie öffentlich totzuschweigen suchte, insgeheim aber desto leidenschaftlicher bekämpfte. Nichts wurde unversucht gelassen, um die deutschnationale Bewegung zu ersticken und unmöglich zu machen. Der 58er Verein pflegte sie überall mit Sozialdemokraten zu vergleichen und mit diesen auf eine Stufe zu stellen. 50 000 Flugschriften mit Verdächtigungen und Unwahrheiten über die Deutschnationalen wanderten ins Land hinaus und Flugblätter wurden den Prinzipalen überall ins Haus geschickt, in denen vor den ††† Deutschnationalen gewarnt wurde. In jener Zeit ist manchemal von dem einen oder andern von uns die Hand zum Schwur erhoben worden, daß nicht geruht und gestrast werden sollte, bis die Beschimpfungen gerächt sein würden. Und wir haben den Schwur treulich gehalten!

1896 wurde in der Nordmark auch der erste Gau gegründet, der in Schleswig-Holstein alsbald eine rührige Tätigkeit entfaltete. Die Zahl der Ortsgruppen stieg in diesem Jahre von 7 auf 22, die der Mitglieder von 570 auf 2352. Damit war der Verband in seiner Stellung zu den übrigen kaufmännischen Vereinen weit nach vorn gerückt. Vor zwei Jahren nahm er nach der Mitgliederzahl noch den achtzigsten, jetzt bereits den siebenten Platz ein, und die unverbesserlichen Optimisten im Verbande hatten Recht behalten. Es ging vorwärts trotz Sturm und Not. Aber der „Deutsche Verband kaufmännischer Vereine“ lehnte auf Betreiben des 58er Vereins in diesem Jahre unser Aufnahmegesuch ab — er ahnte nicht, was noch einmal aus unserm Verbande und seinen Handlungsgehilfentagen werden würde.

\* \* \*

Die Heterereien von allen Seiten waren nicht ohne Eindruck geblieben und mehr als einmal mußten wir auf Mitglieder verzichten, weil man hinter uns verkappte Sozialdemokraten witterte. Und mehr als einmal wurden jetzt und später treue Mitglieder des Verbandes wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbande gemafregelt — aber die damals hart erprobte Gesinnungstüchtigkeit hat doch auch ihre guten Folgen gehabt. Unverzagt und hoffnungsfreudig setzte die Arbeit des Verbandes im Jahre 1897 ein. Dem Vorsteher Sch a d erstanden bald tüchtige Helfer. Ein tüchtiger Redner nach

dem andern trat in die Dienste des Verbandes. Gleich im Anfang des Jahres unternahm Schaaf eine zweimonatliche Werbereise und trug die Bewegung außer nach Schlesien auch nach Süddeutschland, München und Stuttgart. Im Sommer wurde dann der Nordosten unseres Vaterlandes, Danzig und Königsberg, von ihm in Angriff genommen und der Herbst sah ihn schon wieder im äußersten Westen den Rhein hinauf von einer Stadt zur andern wandern, um neue Scharen an den Verband zu fesseln. Im zweiten halben Jahre griffen auch die anderen Redner in die Reisetätigkeit ein, und 226 öffentliche Versammlungen innerhalb eines Jahres zeugten von der unermüdblichen und segensreichen Tätigkeit der für ihre Aufgaben begeisterten Redner. Im Königreich Sachsen machte unsere Bewegung ungeahnte Fortschritte und rüttelte die Kreisvereine des Leipziger Verbandes aus ihrer Lethargie auf.

Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die Schlachten in den Versammlungen der Jahre 1896 und 1897 fast ausnahmslos unter dem Zeichen der Judenfrage standen, und erst als die alten Verbände merkten, daß gerade der von uns vertretene judengegnerische Standpunkt ganz wesentlich zur Ausbreitung unseres Verbandes beigetragen hatte und uns die Herzen der Kollegen öffnete, zog man sich auf den neutralen Boden der sozialpolitischen Standesfragen zurück und holte sich hier denn auch sehr bald eine Schlappe nach der andern, so daß schon am Ende des Jahres 1897 das Auftreten von Gegnern in unseren Versammlungen zu den Seltenheiten gehörte. Desto lebhafter wurde der Kampf mit Druckerchwärze weitergeführt. Der Leipziger Verband erließ ein besonderes Flugblatt gegen unsern Verband, das aber ebenso wie das im Vorjahre vom 58er Verein erlassene in der Hauptsache den nicht gewollten Zweck erfüllte, die Deutschnationalen weiter bekannt zu machen. Natürlich hatten da namentlich die Vertrauensmänner des Deutschnationalen Verbandes einen schweren Stand, um die vielen, absichtlich verbreiteten Irrtümer richtig zu stellen. Besonders in kleineren Städten, wo neben den wirtschaftlichen auch die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht ohne Bedeutung sind, mögen unsere treuen Freunde wohl manchesmal sehr verzagt gewesen sein, wenn sich ihnen die Schwierigkeiten turmhoch und unüberwindlich in den Weg zu stellen schienen. Was im Jahre vorher ungestüm gewonnen war, ohne den Gegnern Zeit zum Besinnen zu lassen,

mußte jetzt verteidigt werden. Da galt es auszuhalten und es wurde ausgehalten.

Daneben brachten auch noch die inneren Verhältnisse des Verbandes Veränderungen, die immerhin bedeutungsvoll genug waren, um Erschütterungen hervorrufen zu können. Der zweite Verbandstag in Berlin, der von sämtlichen damals vorhandenen 45 Ortsgruppen beschickt wurde, fügte die Versicherung gegen Stellenlosigkeit endgiltig den Zwecken des Verbandes ein. Dadurch war eine Erhöhung des Beitrages um 2 Mark nötig geworden und nicht nur unsere Gegner hofften, sondern auch manche unserer Freunde fürchteten einen Rückschlag unserer Bewegung. Es hat sich aber auch hier wieder gezeigt, daß höhere Beiträge gern bezahlt werden, wenn die Gegenleistungen auch entsprechend höher sind, und so blieb nicht nur die teilweise erwartete Wirkung gänzlich aus, sondern die Zahl der ausgetretenen Mitglieder blieb verhältnismäßig noch hinter dem Vorjahre zurück.

Die sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes wurden nicht vernachlässigt; in den gesetzgebenden Körperschaften wurde das neue Handelsgesetzbuch zu Ende geführt, das neben manchen Verbesserungen doch auch recht viele Enttäuschungen bereitete. Kein Wunder, da die alten Verbände es in der leider gewohnten Weise an der nötigen Energie in der Vertretung der Handlungsgehilfen-Interessen fehlen ließen oder sogar den entgegengesetzten Standpunkt vertraten. Die paar Tausend Stimmen, über die der D. G. V. damals erst verfügte, konnten noch nicht genügend in die Waagschale fallen. Die Fragen der Kaufmännischen Schiedsgerichte, des Adenschlusses und der Alters- und Invalidenversicherung wurden von uns in den Vordergrund geschoben und darüber den gesetzgebenden Körperschaften schätzbares Material überreicht. Mit diesen Fragen und einem Vortrage über die Frauenarbeit im Handelsgewerbe beschäftigte sich auch der 2. deutsche Handlungsgehilfentag in Berlin, dessen wachsende Bedeutung schon aus dem Anwachsen der Besuchsziffer zu erkennen ist. 1896 waren 14, 1897 aber schon 186 Städte vertreten.

Rehren wir noch einmal zur Sozialdemokratie zurück. Ihr Fachblatt der „Handlungsangestellte“ brachte über die eben erwähnte Tagung den folgenden „sachlichen“ Bericht:

„Uffig gings an den beiden Ofterfeiertagen in den Vittoriafälen zu Berlin her, wofelbst mehrere Duzend antisemitischer Handlungsgehilfen unter dem Namen „Verbandstag“ zusammengekommen waren. Die Beratungen wurden so geführt, daß ein Einblick in die Details nur schwer möglich ist — ein Beweis dafür, daß etwas faul im Staate Dänemark ist. Einige Opponentlein wurden von Schack, dem Oberhaupt der gewohnheitsmäßigen Versammlungsprenger, „glänzend“ abgeführt. Durch Annahme eines Antrages, der die Einführung der Versicherung gegen Stellenlosigkeit und Krankheit betrifft, hat der Antisemiten-Verband sein allerdings unnützes Dasein arg in Frage gestellt. Ueber das gerade nicht schlechte neue Handelsgesetzbuch, sowie über die Frauenarbeit im Handelsgewerbe wurde mit einer Sachunkenntnis geschwätzt, deren sich kein Drahtseiltänzer bei Behandlung desselben Themas zu schämen braucht. Trotzdem mit großem Trara Handlungsgehilfen aller Parteien eingeladen waren, hatten sich solche nicht eingefunden. Offenbar fühlte kein Gegner das Bedürfnis, sich als Dase für die antisemitische Geisteswüste mißbrauchen zu lassen.“

Wenige Wochen später, am 1. Juli 1897, konnte die „Deutsche Handels-Wacht“ ihren Lesern berichten, daß der sozialdemokratische Handlungsgehilfen-Verein „Vorwärts“ in Hamburg mangels einer genügenden Anzahl von Mitgliedern aufgelöst worden war. An seine Stelle trat fortan ein sogenannter „unpolitischer“ Verein, dessen Wortführer aber von vornherein öffentlich erklärten, daß sie nicht daran denken könnten, die große Masse der Gehilfen im Laufe der nächsten Jahrzehnte für sich zu gewinnen. Hier trübselige Hoffnungslosigkeit, bei uns das unerschütterliche Vertrauen auf den Sieg unserer Sache.

\* \* \*

Was in zwei Jahren harter Kämpfe errungen war, konnte nicht mehr unbeachtet bleiben. Mehr und mehr mischte sich in die vorhandenen Vorurteile die Anerkennung, die schließlich auch die Gegner uns nicht versagen konnten. Siller, der Vorsitzende des Leipziger Verbandes, schrieb das bekannt gewordene Wort: „Die Deutschen sind gut organisiert; sie sind fanatisiert für ihre Sache und opfern mit vollen Händen für sie.“ In diese Zeit fällt der treffliche

Situationsbericht der „Kontorzeitung“, den wir an anderer Stelle bereits wiedergegeben haben\*). Nach Schilderung der Zwistigkeiten zwischen den beiden großen Verbänden heißt es dort weiter:

„Und während man so im edlen Eifer beschäftigt ist, die künstliche Kluft zwischen den Verbänden künstlich offen zu halten, hat sich von anderer Seite ein scharfer Wind erhoben, der durch alle Gauen Deutschlands weht. Es ist der Morgenwind einer neuen Bewegung, die sich mit elementarer Gewalt ausbreitet und Scharen von Anhängern unter den Gehilfen findet.

Das Zauberwort, welches die Massen bewegen und begeistern soll und nach welchem man in den großen Verbänden seit Jahren auf der Suche ist, es ist von den Gründern und Leitern des Deutschnationalen Gehilfenverbandes gefunden worden und lautet: „Wir wollen!“ Und dieses Wort, mit Begeisterung und Emphase immerzu wiederholt, hat die Wirkung, daß es ihnen bei öffentlichen Versammlungen die größten Säle füllt, frenetischen Beifall und Jubel erzeugt und mit jeder Woche die Zahl der Mitglieder rapid vermehrt. Sie wollen! Sie wollen alles das, was die großen Verbände auch gewollt haben (?), was sie aber bisher nicht erreicht haben. Sie wollen die Lehrlingsfrage lösen, sie wollen die abseits stehenden Gehilfen heranziehen und ihre Mitglieder zu Mitarbeitern erziehen an dem großen Werke der Hebung der sozialen Lage aller deutschen Handlungsgehilfen, ausgenommen also die jüdischen. Sie wollen vor allen Dingen die großen Verbände aufrütteln aus ihrem Winterschlaf, in welchen sie mit Bezug auf die Besserung der sozialen Lage der Gehilfen verfallen waren. Sie sammeln die Unzufriedenen, sie ermutigen die Ungebildigen, die mehr und größere Früchte von der sozialen Wirksamkeit der alten Verbände ernten wollen und sich getäuscht sehen. Sie wollen unablässig für das Wohl der Kollegen eintreten und nimmer ermüdend ihre Forderungen laut und vernehmlich wiederholen, unbekümmert und rücksichtslos. Sie wollen das Leistreten, das Rückenkriechen nicht nur verabscheuen, sondern auch vermeiden, sie wollen mit

---

\*) Vergl. Seite 11.

ehernem Schritte und Herzengerade als freie Deutsche mit männlicher Offenheit und männlichem Mute eintreten für alles das, was sie wollen.“

Wir wollten! Und unsere Bewegung zog immer weitere Kreise und fand eine glänzende Vertretung ihrer Kräfte auf dem 3. Verbandstage 1898 in Leipzig, der auch die Krankenkasse schuf. Außerdem hatte sich schon wieder eine Erweiterung der Satzungen nötig gemacht, um sie den immer größer werdenden Aufgaben des Verbandes anzupassen. Die Zahl der Verwaltungsmitglieder wurde auf 18 erhöht und an Stelle des Hauptvorstandes trat der 24 Personen umfassende Aufsichtsrat als engere und laufende Vertretung der Mitglieder in der Geschäftsleitung. Der Handlungsgehilfentag wurde durch größeren Besuch und Beachtung seitens Vertreter der gesetzgebenden Körperschaften ausgezeichnet.

Für den aufmerksamen Beobachter brachte das Jahr 1898 mancherlei Erscheinungen, die den Kundigen nicht mehr überraschen konnte. Neben der Anerkennung weiterer Kreise konnte man feststellen, wie die alten Verbände allerlei von den Deutschnationalen lernten. Wir denken hier nicht an diese und jene Einrichtungen, die von ihnen nachgeäfft wurden, sondern an das veränderte Vorgehen in der Sozialpolitik. Man änderte dort nach und nach, soweit man dies mit Anstand tun konnte, seine früheren Anschauungen und näherte sich mehr und mehr den von uns von Anfang an vertretenen Forderungen. Im Interesse des ganzen Standes hätten wir das mit Freuden begrüßen können, wenn nicht das Verhalten der alten Verbände durch den fortwährend notwendig werdenden Gesinnungswechsel und unter der damit verbundenen lauwarmen Halbheit zu leiden gehabt hätte. Zu einem entschiedenen Vorgehen konnten sie sich noch nicht aufraffen; der feste Bol in der Erscheinungen Flucht war immer mehr unser Verband geworden, um den sich alles drehte und nach dessen Ansichten und Maßnahmen man sich allerseits mit Anstand einzurichten suchte, in der Regel natürlich zu spät.

In der inneren Organisation des Verbandes steht das Jahr 1898 unter dem Zeichen der Gaugründungen, der notwendigen Folge der zunehmenden Zahl der Ortsgruppen, die am Ende des Jahres auf 245 stieg, während der Mitgliederstand mit einer Zahl von 18 277 abgeschlossen werden konnte.

Aus sich selber heraus hatte sich der Verband bereits zu einer Macht entwickelt, ohne irgend einen Bundesgenossen, aber gegen eine Uebermacht von Feinden. Die beiden alten Verbände schlossen ihren Frieden mit einander und versuchten es fortan gemeinschaftlich oder abwechselnd — war der eine müde, fing der andere wieder an — dem jüngeren Mitbewerber, der ihnen denn doch allmählich recht unbequem geworden war, beiseite zu drängen.

\* \* \*

Ein sonniges Jahr des Aufstiegs und ungeahnter Erfolge für den D. G. V. und seine Gefolgschaft brach an. Als die Vertreter von über 300 Ortsgruppen sich auf dem Verbandstage in Kassel vereinigten, war die Mitgliederzahl auf beinahe 30 000 angewachsen. Allgemein erwachte bei den Vertrauensmännern das Gefühl der Verantwortung, das die Führung dieser, in einer unvergleichlich kurzen Zeit wie aus dem Erdboden gestampften Masse verlangte. Es fand seinen glänzenden Ausdruck in der Masseneingabe für den Ladenschluß, die mit annähernd 50 000 Unterschriften die umfangreichste Eingabe aus Handlungsgehilfenkreisen war, die Bundesrat und Reichstag bisher gesehen hatten. Man muß sich nur einmal gegenwärtig halten, daß noch zehn Jahre vorher im Reichstage eine Beratung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe möglich war, ohne daß dieser gesetzgebenden Körperschaft überhaupt eine Eingabe aus kaufmännischen Kreisen zuging!\*) Man muß es wissen, daß im Jahre 1897 der Leipziger Verband, dessen Mitgliederzahl damals noch die des D. G. V. um das Doppelte schlug, mit Ach und Krach 5000 Unterschriften für eine Ladenschluß-Eingabe zusammenbrachte! Man muß sich einmal vorstellen, welche Unsumme von Arbeitskraft und Opferwilligkeit hier verlangt und ohne Zaudern geleistet worden ist, um die Behauptung zu verstehen, daß die Schilderung der Ladenschlußbewegung eins der ruhmreichsten Blätter aus der Geschichte des D. G. V. füllt.

Um so mehr, als der Wurf gelang! Mit der Masseneingabe allein war's freilich nicht getan. Von Ort zu Ort wanderten die

---

\*) Vergl. „Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe“, Band 10 und 11 der Schriften des D. G. V.

Nebner des Verbandes, um für ihre Anschauungen zu streiten; eine Flugſchrift, in der alles einſchlägige Material zuſammegestellt war, gelangte in einer Auflage von 20 000 Stück zur Verteilung an die Prinzipale, um ſie für den Gedanken eines einheitlichen Ladenschlusses zu gewinnen; die Beſchlüſſe des Kaſſeler Handlungsgehilfen-tages fanden überall Beachtung und wurden in der gesamten Preſſe ausgiebig erörtert, denn man fand bald heraus, daß ſie die einzigen aus Handlungsgehilfenkreiſen waren, denen eine fachverſtändige Beratung zugrunde gelegen hatte.

Zu m e r s t e n M a l e gelang es, einen Geſehentwurf mit Beſtimmungen zum Schutze der Handlungsgehilfen in ſeinem Werden ſo zu beeinflussen, daß etwas w e s e n t l i c h B e s s e r e s dabei herauskam. Aus der freiwilligen Einführung des Ladenschlusses durch die Gemeinden, den die Regierung vorſchlug, ſchuf der Reichstag mit ſpäterer Zuſtimmung des Bundesrats den reichsgesehlichen Ladenschluß.

Von der Umwertung der hier in Betracht kommenden Anſchauungen, die durch die Arbeit des D. G. V. in dieſem Jahre vollzogen wurde, kann man ſich rückſchauend ſchwer eine Vorſtellung machen, wenn man ſich nicht in die Auffriſchung von Einzelheiten verlieren will. Aber e i n e Erinnerung mag wenigſtens u n g e f ä h r die Verhältnisse ahnen laſſen. Eine bekannte Zeiſchrift für Prinzipale, der „Manufakturist“, bezeichnete die Regierungsvorlage bei ihrem Erſcheinen als „ſchlechten Aprilſcherz“ — aber das fertige Geſeh ging, wie bereits geſagt, noch weit über den urſprünglichen Entwurf hinaus!

Neußerlich ſtand demnach das Jahr 1899 ſo auſſchließlich unter dem Zeichen des Ladenschlusses, daß dahinter alles andere zurüdtat. Aber innerhalb der verſchiedenen Vereine vollzogen ſich nicht minder bedeutungsvolle Veränderungen, die auf das ſieghafte Vorwärtſdringen der deutſchnationalen Handlungsgehilfenbewegung zurüdzuführen ſind.

Die ſozialdemokratiſche Bewegung war zertrümmert worden, a l l e i n durch die Tätigkeit der Deutſchnationalen. Es gab keinen einzigen deutſchen Handlungsgehilfenverein mehr, der ſich offen als ſozialdemokratiſch zu bekennen wagte. Was da noch als Nachleſe dem neuen Verein angehörte, mochte wohl ſozialdemokratiſch ſein,

aber schämte sich selber, die rote Fahne hinauszustrecken. Der sozialdemokratische „Handelsangestellte“ mußte sein Erscheinen einstellen.

Die jüdisch-demokratische Frankfurter Richtung in der Handlungsgehilfenbewegung unter Führung von Dr. Quaref und Moritz Loeb flog im Jahre 1899 vollständig auseinander. Der Verein löste sich mangels einer genügenden Mitgliederzahl auf, sein Organ, die einmal einflußreich gewesene „Kaufmännische Presse“, ging ein. Als Schack im Jahre 1897 zum ersten Male in Frankfurt a. M. sprach, rief ihm in öffentlicher Versammlung jener Moritz Loeb unter dem jubelnden Beifall von 500 Juden die Worte zu: „Gehen Sie mit Ihren Ansichten nach Posenuckel, dort können Sie damit noch Eindruck machen, hier in Frankfurt aber nicht. Zum zweiten Male kommen Sie sicher nicht wieder!“ Die Ortsgruppe des D. S. B. in Frankfurt zählt jetzt mehr Mitglieder, als sie der Verein des Herrn Moritz Loeb jemals hatte. Und er selber? — Versunken und vergessen!

Der Leipziger Verband hatte geglaubt sein verlorenes Ansehen dadurch wieder heben zu können, daß er zwei „Männer“ als Wanderredner anstellte, die errötend den Spuren der Deutschnationalen folgten. Als das Jahr 1899 sich seinem Ende entgegenneigte, hatte der eine bereits den schwankenden Boden im Leipziger Verbands wieder verlassen, der andere folgte ihm bald darauf in die Versenkung, nicht ohne vorher erklärt zu haben, daß er im geheimen den Deutschnationalen meistens habe recht geben müssen.

Die Seele des erbitterten Kampfes, den der 58er Verein gegen die Deutschnationalen geführt hatte, war sein Geschäftsführer gewesen. Auch er verschwand in diesem Jahre von der Bildfläche, um einige Zeit darauf als Leiter eines süddeutschen Lokalvereins wieder aufzutauken.

Seinem Beispiel folgte der Führer der jüdischen Handlungsgehilfenbewegung im sogenannten „Verein der deutschen Kaufleute“. Auch er zog es vor, die dornenvollen Pfade der öffentlichen Tätigkeit zu verlassen, nachdem ihm einige Male recht energisch auf die Finger geklopft worden war.

So mußte einer der Gegner des D. S. B. nach dem anderen abtreten und mit Recht konnte diese Schrift bei ihrem ersten Erscheinen im Sommer des Jahres 1899 mit den Worten geschlossen werden:

Aus diesem Zerfall auf allen Seiten erhebt sich stark und mächtig die deutsch-nationale Handlungsgehilfenbewegung, die ihre Anhänger sozial zu erziehen sucht und deren Bedeutung auf nationalem Gebiete auch dann erst voll empfunden werden wird, wenn die Zeiten nationaler Kämpfe für das deutsche Volk näher gerückt sein werden.

\* \* \*

Der erste große Abschnitt in der Geschichte des D. G. B. — die eigentliche Zeit der Gründungen — liegt hinter uns. Mit 21 Gauen, 423 Ortsgruppen und 32 000 Mitgliedern trat der Verband ins neue Jahrhundert hinüber. Es begann jetzt eine Zeit ruhiger und stetiger Befestigung der inneren Organisation, eine Zeit unverdroffenen Ausbaues an der Verfassung des Verbandes. Seine Leiter waren sich bewußt, daß das Festhalten des Errungenen ungleich schwieriger als das Erringen ist. Auch heute noch muß unser Kampfverein — und das wird der D. G. B. hoffentlich immer bleiben — das Erworbene täglich neu behaupten und wieder erwerben, zum Ausruhen und Müdewerden ist bei uns keine Zeit vorhanden, damals und heute nicht.

Der Verbandstag in Hannover beschloß die Zusammenziehung der Verbandssteuer und Ortsbeiträge, die gemeinschaftlich auf zehn Mark jährlich festgesetzt wurden. Er beschloß die Gewährung von Reisegeldern an die Stimmführer und erhöhte den Grundbetrag der Renten für Stellenlose auf 30 Mark monatlich. Auf diesem Verbandstage wurde auch der Grundstein für die in der Folge arg angefeindete und verkannte Auskunftei gelegt.

Wie denn überhaupt die Erfolge des Verbandes, namentlich auf sozialpolitischem Gebiete, die Schar seiner Gegner mehrte. Der Ladenschluß und die Mindestruhezeit sollten am 1. Oktober 1900 in Kraft treten, im Invaliden-Versicherungsgesetz war eine Verbesserung erzielt worden, das Netz der Fortbildungsschulen erweiterte sich, im Kampfe um die Sonntagsruhe hatte sich die Stellung der Handlungsgehilfen von Jahr zu Jahr verbessert, alles als Folge einer unausgesetzten, planmäßigen Arbeit des D. G. B. Eingabe reihte sich an Eingabe; bereits im Jahre 1899 war ihre Zahl auf 1124 gestiegen und mit berechtigtem Stolze konnte der Verband in seinem Jahresbericht für 1899 behaupten: „Auf sozialpolitischem Gebiete liegt die Führung unter den Kauf-

männlichen Vereinen heute unbestritten in unseren Händen!" Derselben Ansicht gab gelegentlich der bereits erwähnten Tagung in Hannover u. a. die „Frankfurter Zeitung“ Ausdruck, obwohl dieses Blatt im übrigen wahrhaftig niemals etwas für unseren Verband übrig gehabt hat. Es schrieb:

„Tatsächlich ist aber festzustellen, daß der Verband mit seinen 32 000 zahlenden Mitgliedern, mit seinen fanatischen Führern und seiner energischen sozialen Vertretung gegenwärtig die sozialpolitische Leitung der kaufmännischen Angestellten in der Hand hat.“

Der Verband hatte infolge seines Mitgliederzuwachses Einfluß gewonnen und er konnte jetzt daran gehen, ihn für die Handlungsgehilfen auszunutzen. Das hat er denn auch redlich getan und eine lange Kette von kleinen und großen Erfolgen, namentlich auf dem weitverzweigten Gebiete des Gemeindefortworts, war der Lohn. Es ist hier nicht der Ort, dieser Arbeit im einzelnen nachzugehen — dies muß einer besonderen Schrift vorbehalten bleiben — und wir werden es daher bei dieser summarischen Darstellung bewenden lassen, für deren Richtigkeit die widerwillig gegebene und daher klassische Zustimmung des vorhin genannten Blattes ausreichende Bürgschaft bietet.

Neid und Haß sind die Trabanten des Erfolges. Mit den Handlungsgehilfen-Vereinen, denen unser Wachsen und Werden ein Greuel war, waren wir ohne besondere Schwierigkeiten fertig geworden, aber mit dem Wachsen unseres Einflusses wuchs auch das Interesse an unserem Verbands in den Reihen solcher Prinzipale, denen aus einem sozial rückständigen Empfinden heraus der Gedanke an die Gleichberechtigung ihrer Angestellten unerträglich ist. Als am 1. Oktober 1900 abends 9 Uhr zum ersten Male im ganzen deutschen Vaterlande die Rolläden heruntergelassen und die Verkaufsstellen geschlossen werden mußten, da verließen Tausende und Abertausende von Handlungsgehilfen mit einem innigen Dankgefühl gegen den D. S. B. im Herzen und mit einem Jubellaut auf den Lippen ihre Arbeitsstätte, aber die Leitung des Verbandes sah mit Sorgen den kommenden Zeiten entgegen, denn sie wußte, daß ihre Aufgabe, für die praktische Durchführung des mühsam erkämpften Gesetzes einzustehen, voraussichtlich nur mit schweren Opfern zu erfüllen sein würde. \* \* \*

Das Maßregelungsjahr — so soll das Jahr 1901 in der Geschichte unseres Verbandes genannt werden — nahm seinen Anfang.

Als bald nach dem Inkrafttreten des Ladenschlußgesetzes war in seiner Ausführung die bequemere Praxis eingerissen, die den Handlungsgehilfen von der Sonntagsruhe her bekannt war. Mangels geeigneter Organe, wie es die von unserem Verbands geforderten Handelsinspektoren sein würden, beschritten die Deutschnationalen den ihnen ausdrücklich vom Gesetzgeber empfohlenen Weg der Selbsthilfe: Sie gründeten überall, wie dies auf dem Manheimer Handlungsgehilfentage (1901) einstimmig beschlossen worden war, sogenannte Ueberwachungsausschüsse, um die Durchführung des Gesetzes zu erzwingen.

Das brachte die bereits erwähnten Kreise der Prinzipale in Harnisch, sie steckten ihre Kollegen mit ihren Empfindungen an und nun begann unter Führung einer Anzahl Handelskammern und Kleinhändler-Vereine eine Bewegung gegen die Mitglieder des D. S. B., deren Ursprung später sogar von einem Prinzipalsblatte, dem bereits erwähnten „Manufakturist“, als unmoralisch und im höchsten Grade verwerflich gebrandmarkt wurde. Neben der Ueberwachungstätigkeit mußte auch die *Auskunft* des D. S. B. herhalten, um der Bewegung in den Augen Fernstehender einen Schein von Berechtigung zu verleihen — in Wahrheit war es ein Kampf, oder vielmehr der — infolge unserer Machtstellung unvermeidlich gewordene — Kampf um unsere Gleichberechtigung.

Ein Verein nach dem andern faßte den für seine Mitglieder verbindlichen Beschluß, keine Anhänger des D. S. B. mehr anzustellen. In den Fachzeitungen begegnete man bei Stellenangeboten immer häufiger der Bemerkung: „Mitglieder des D. S. B. ausgeschlossen.“ Und jedesmal, wenn ein solcher Beschluß gefaßt worden war, rauschte es in dem deutschen Blätterwalde und die in jüdischem Solde stehenden Zeitungen trugen die Meldung von Ort zu Ort, um andere zur Nachahmung anzureizen.

In diesem Jahre ist die Treue und Gesinnungstüchtigkeit von tausenden unserer Mitglieder auf eine harte Probe gestellt worden; viele haben sie nicht bestanden oder haben sie nicht bestehen können, und namentlich das nächste Jahr, in das der Kampf hinüberspielte — er ist auch heute noch nicht vollständig ausgekämpft — zeigt die Spuren in einem Verlust an Mitgliedern, wie er bisher in keinem

Jahre zu verzeichnen gewesen ist. Es war ein Hin- und Hertwogen, ein Auf- und Niederebben, von dem sich nur derjenige eine ungefähre Vorstellung machen kann, der aus eigener Anschauung die Abhängigkeit kennen gelernt hat, in der namentlich die an kleineren Plätzen mit freier Station angestellten Handlungsgehilfen um ihr tägliches Brot kämpfen müssen.

So mag es manchem schwer genug geworden sein, ehe er von dannen zog und seinen Verband im Stich ließ. Daneben haben wir aber auch in dieser trüben Zeit bei vielen, und das waren glücklicherweise die meisten, unsrer Mitglieder einen goldenen Idealismus und eine unverbrüchliche Treue bewundern können, die allen Versuchungen standhielt. Es waren tausende, die nicht wichen und nicht wankten, die unbekümmert um die Folgen ihr Bündel schnürten und in neuen Stellungen obendrein dafür sorgten, daß die durch andere gerissenen Lücken wieder ausgefüllt wurden. Wie mancher wurde damals von Ort zu Ort, von einer Stellung in die andere gejagt und schrieb doch immer wieder nach Hamburg: „Ich bleibe dem Verbands treu und wenn ich darüber zugrunde gehen sollte!“ Angesichts dieser erhebenden Aeußerungen von ungebrochener Kraft und feltener Hingabe konnten die Führer des Verbandes um so weniger den Mut sinken lassen, so schwer auch manches liebe Mal die Verantwortung für das Schicksal ihrer Anhänger auf ihnen gelastet hat. Mit einer solchen Schar mußte ja doch der Sieg schließlich errungen werden!

Es war, wie gesagt, nicht ein Kampf unseres Verbandes allein, es war der Kampf der Handlungsgehilfen um ihre Gleichberechtigung schlechthin. Und der unparteiische Geschichtsschreiber fragt erstaunt: Wo blieben in diesem großen Kampfe, den die Handlungsgehilfen zwanzig Jahre später als die Handarbeiter auszufechten hatten, die andern Handlungsgehilfen-Verbände?

Man hatte uns die mühsame Arbeit zur Lösung der Standesfragen überlassen, man kümmerte sich nicht um die Ausführung der erlassenen Gesetze, immer und überall ließ man uns die Kastanien aus dem Feuer holen und sonnte sich in dem trägen Ruhm, doch immerhin „dabei“ gewesen zu sein, sei es auch nur gelegentlich der Besichtigung des Schlachtfeldes nach schwer errungenen Siegen. Nach alledem hätte man erwarten können, daß die alten Verbände diesem Kampfe, der auch ihre Mitglieder anging,

allenfalls aus einer sicheren Deckung und in gehöriger Entfernung zusehen würden, aber sie taten diesmal mehr.

Der 58er Verein benutzte die offenbar lang ersehnte Gelegenheit, um öffentlich neue Sündel mit dem D. S. W. anzufangen und sich selber bei der Prinzipalität in empfehlende Erinnerung zu bringen. Der Leipziger Verband und der Verein der deutschen Kaufleute unterstützten insgeheim die Prinzipale in ihrem Feldzug gegen den D. S. W. — alle drei fielen ihm also in den Rücken. Diese Gesinnungslosigkeit soll von Enkel zu Enkel weitergesagt werden, deshalb sei den Leitern jener Vereine auch an dieser Stelle ein Denkmal der Schande errichtet, auf daß man nicht vergesse, sie dereinst für ihren Verrat zur Rechenschaft zu ziehen.

Der eigentliche Herd der Maßregelungs-Bestrebungen wurde bald die Stadt Stralsund in Pommern. Immer, wenn in andern Städten das gegen uns angezündete Feuer zu erlöschen drohte, wurde es von Stralsund aus wieder angefacht. Wohl war die Beharrlichkeit, mit der nicht nur der Verband als solcher, sondern auch die einzelnen deutschnationalen Mitglieder von Stralsund aus verfolgt wurden, auffällig, wohl machte man sich über die eigentümliche Erscheinung in der deutschnationalen Verbandsleitung seine Gedanken, aber erst einer viel späteren Zeit, dem Jahre 1907 war es vorbehalten, Licht in die Sache zu bringen.

Im Jahre 1907 wurde bei einem in Stralsund schwebenden Prozesse ein Sitzungsbericht des Kaufmännischen Vereins in Stralsund vorgelegt. In diesem Berichtbuch heißt es über die Sitzung vom 28. April 1902, daß ein Herr Brandt in Firma Weber & Meyer den Antrag stellte, „an alle Kaufleute ein Birkular zu schicken, in welchem allen angestellten jungen Leuten aufgegeben wird, aus dem deutschnationalen Verbands auszutreten, eventuell wird ihnen o h n e R ü c k s i c h t ihre Stellung zum 1. Oktober gekündigt.“

Herr Brandt, dem somit Hunderte und vielleicht Tausende von Gehilfen es zu verdanken haben, daß sie „ohne Rücksicht“ aufs Pflaster geworfen wurden, war eifriges, hervorragendes Mitglied des 58er Vereins. Den Stralsunder 58ern war unsere Ortsgruppe ein Dorn im Auge, darum mußte sie vernichtet werden. Und sie wurde vorübergehend vernichtet, mit ihr aber auch der Rest des guten Rufes des Vereins für Handlungscommis von 1858.

Gewiß, die Feindschaft eines Teils der Prinzipalität war vorhanden. Erwiesen ist aber, daß ein eifriges Mitglied des 58er Vereins die Feindschaft im Interesse seines Vereins benutzt hat, um namenloses Unglück auf zahlreiche Kollegen und nicht wenige Familien zu bringen.

Der Verein für Handlungscommis von 1858 hat später die moralische Verantwortung für die Tat des Herrn Brandt übernommen, als er sich weigerte, den Herrn als Mitglied auszuschließen und in der Nummer des Handelsstand vom 1. März 1908 schrieb: „Es ist ein Unsinn, den Ausschluß von Mitgliedern einer einzelnen verfeindeten Organisation der großen Masse als eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit vorzuspiegeln.“

Ueber dem Schutt und den Trümmerhaufen ging uns doch die goldene Sonne der Freiheit auf, und wurden wir an einer Stelle zwei Schritte zurückgeworfen, so gingen wir an der andern drei wieder vorwärts und der Bezug war immer noch stärker als der Abgang.

Zu diesen äußeren Kämpfen trat noch die Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, die manchen zur unwilligen Sparsamkeit zwang und ihn zum Verzicht auf die Mitgliedschaft im D. S. W. veranlaßte. Daneben hatten wir mit denen aufzuräumen, die mit der im vorigen Jahre beschlossenen Festsetzung des Beitrages auf zehn Mark jährlich nicht einverstanden waren — kein Wunder, daß eine Abnahme unserer Mitgliederzahl niemandem überraschend gekommen wäre. Aber es kam nicht dazu, es stieg die Zahl unserer Ortsgruppen auf 686 und die Zahl unserer Mitglieder auf 45 744. Unsere Organisation hatte die Probe auf ihre Festigkeit glänzend bestanden und der Geschäftsbericht für 1901 konnte dies mit den Worten feststellen:

„Von wissenschaftlicher Seite ist in einer vor zwei Jahren herausgegebenen sozialpolitischen Abhandlung über die Lage der Handlungsgehilfen behauptet worden, daß man eigentliche Kämpfe um die Anerkennung der Gehilfenorganisationen noch nicht gehabt habe, vielmehr seitens der Prinzipalsvertretungen von ihrer Existenz kaum Notiz genommen werde. Wie so vieles in den letzten Jahren, ist auch dies anders geworden.“

Wir haben während der zwölf Monate, die hinter uns liegen, unsere Stellung als größte wirkliche Gehilfenvereintigung Deutschlands gegen heftige Angriffe zu verteidigen gehabt und wir mußten um unsere Anerkennung ringen, wie kaum in den ersten Jahren unserer Tätigkeit. Aber wir dürfen auch mit Genugtuung und Stolz als Ergebnis dieses Kampfesjahres auf eine noch größere innere und äußere Festigung unserer Organisation zurückblicken, als sie schon vorhanden war. Die entstandenen Lücken sind nicht nur ohne weiteres wieder ausgefüllt worden, sondern der Zuzug war sogar stärker als jemals in einem der früheren Jahre. So ist die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, die schwer auf Handel und Industrie lastet, an der Entwicklung unseres Verbandes spurlos vorübergegangen. Die sie benutzen wollten, um das Gefüge unserer Organisation zu erschüttern, haben ihre Ohnmacht erkennen müssen und auch ihre Helfershelfer aus dem Lager anderer Gehilfenvereine haben „auf Granit gebissen“.

\* \* \*

Jedermann würde es verstanden und gewürdigt haben, wenn die Leitung des D. G. B. angesichts der rund herum sich anhäufenden Schwierigkeiten und Feindseligkeiten, und der damit verbundenen Arbeiten, in der Vertretung der sozialpolitischen Aufgaben für eine gewisse Zeit zurückhaltender geworden wäre. Für die spätere Geschichtsschreibung verdient es an dieser Stelle festgestellt zu werden, daß man daran einfach nicht dachte, vielmehr unbekümmert um die öffentliche Meinung und die Folgen immer tiefer in das Gebiet der Standesfragen eindrang, obwohl man sich sagen mußte, daß damit die Stellung zur Prinzipalität nicht verbessert werden würde. Das kurze Wort: „Durch!“ war schon so sehr zum selbstverständlichen Begriff für den Charakter unserer Arbeit geworden, daß weder die Hauptleitung noch die Vertrauensmänner auf den Gedanken einer Abrüstung kamen.

Mitten im wildesten Kampfgewühl mit dem 58er Verein, im Herbst des Jahres 1901, war unsere Schrift Nr. 3 Kaufmännische Schiedsgerichte herausgegeben worden, die trotz der erhöhten Auflage von 10 000 Stück seit 1903 vollständig vergriffen ist. Ein gutes Jahr darauf wurde ein vorläufiger Gesetzentwurf der Regierung bekannt, der klar erkennen ließ, welchen Nutzen für den Fortgang der Sache jene Schrift gehabt hat.

Im Jahre 1901 war von dem Verbande eine Umfrage über die **Sonntagsruhe im Handelsgewerbe** veranstaltet worden. Die Ergebnisse wurden ebenfalls inmitten der Abwehrtätigkeit gegen zahlreiche Angriffe statistisch verarbeitet und füllen zwei im Jahre 1902 herausgegebene Bände unserer Schriften. Ihr Inhalt wurde zur Grundlage einer umfassenden, planmäßigen Arbeit, die rüstig in Angriff genommen wurde, obwohl an vielen Orten damit Del ins Feuer gegossen wurde. Die vorläufig vergebliche Arbeit an einer Stelle wurde aber durch die erzielten Verbesserungen der Sonntagsruhe an anderen Stellen wieder wettgemacht.

Wie wenige Jahre vorher, so setzte sich jetzt allmählich die Masse der Angestellten im **Großhandel** in Bewegung, um eine gesetzliche Regelung ihrer Arbeitszeit durchzusetzen. Veranlassung dazu gab eine Entschliebung unseres Kasseler Handlungsgehilfentages, 1899, der von der Reichsregierung entsprechende amtliche Erhebungen verlangte. Diesem Wunsche wurde Folge geleistet und dadurch auch unter den Kontoristen das Interesse an der Standesarbeit etwas lebhafter. Auf diesen Umstand dürfte es mit zurückzuführen sein, daß der Zuzug zum Verbande aus den Kreisen der Kontoristen und Angestellten des Großhandels in diesem Jahre stärker war als es sonst der Fall gewesen ist. Heute sind Großhandel und Industrie in unserem Verbande durch 75 %, der Kleinhandel durch 25 % seiner Mitglieder vertreten.

Im übrigen hatte die wirtschaftliche Krisis doch gezeigt, daß die Versicherung gegen Stellenlosigkeit und manche andere Wohlfahrts-einrichtungen des **D. S. B.** für viele Handlungsgehilfen zum Magneten wurde. Damit war aber dem Verbande, der von seinen Mitgliedern an erster Stelle das Verständnis und die Würdigung seiner sozialpolitischen Aufgaben verlangt, nicht im mindesten gedient. Der **Magdeburgische** Verbandstag beschloß daher, den neuen Mitgliedern während der ersten zwei Jahre ihrer Mitgliedschaft die Teilnahme an den Wohlfahrts-einrichtungen zu erschweren. Auch dieser Beschluß bekundet wieder das Festhalten an den Grundsätzen gewerkschaftlicher Arbeit, trotzdem vorauszu sehen war, daß sich die Schar der Mitläufer, die in jeder großen Bewegung zu finden sind, dadurch vermindern würde. Aber der Verband wollte gerade bekunden, daß ihm an diesen Mitläufern nichts liegt. Jedes sozial-

politisch erzogene Mitglied wird zum Werber für unsere Anschauungen und ist als solches mehr wert als ein anderes, das die brennenden Fragen der Zeit an sich vorüberrollen läßt und davon kaum einen Hauch verspürt.

\* \* \*

Wie wenig die Widerwärtigkeiten der Jahre 1901 und 1902 dem Geist unserer Bewegung etwas anzuhaben vermochten, bewies auch der auf dem Magdeburgischen Verbandstag (1902) gefaßte Beschluß, für den Bau eines eigenen Geschäftshauses von jedem Mitgliede eine besondere einmalige Umlage von zwei Mark zu erheben.

Wohl erschien es einigen treuen Mitkämpfern noch verfrüht, bei einer Mitgliederzahl von noch nicht 50 000 an den Bau eines Hauses zu gehen, das etwa eine halbe Million kosten würde. Die Optimisten in unseren Reihen sollten wieder einmal recht behalten. Das große schöne Haus am Holstenwall zu Hamburg, eins der schönsten Geschäftshäuser der reichen Hansestadt, ist in dem Augenblicke, wo diese Zeilen geschrieben werden, nicht mehr zu groß. Mußten in den ersten Jahren noch neun große Wohnungen vermietet werden, so wurde es doch schon im Jahre 1908 nötig, den letzten Mietern zu kündigen. Verband, Krankenkasse und Druckerei benutzen heute die sämtlichen Räume. Ja schon hat der Verband seine Hand auf Nachbargrundstücke gelegt, weil mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist, daß der Riesenbau bald zu klein sein wird.

Eine größere Mitgliederzunahme konnte im Jahre 1902 nicht erzielt werden. Die Stürme der Jahre 1901 und 1902 hatten viel dürres Laub entfernt. Dabei gestaltete sich die Werbe-Arbeit unter den ungünstigen äußeren Verhältnissen recht schwierig. Das Jahr schloß mit einem Mitgliederbestande von 46 112. Aber in der erprobten Treue dieser 46 000 lag die Hoffnung auf zukünftige Erfolge.

\* \* \*

Der Kölnische Verbandstag hatte den Beschluß gefaßt, die Verbandstage in Zukunft nur noch alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Die Sturm- und Drangjahre waren überwunden. Aus dem brausenden Gebirgsbach war ein breiter Strom geworden, der ruhig und mächtig dahinströmte. Es war deshalb überflüssig geworden,

die Getreuen, deren Zahl allmählich sehr groß geworden war, in jedem Jahre zusammenzuberufen, um mit ihnen über das weitere Schicksal des Verbandes zu beraten. Es würde dagegen zu einer Hauptaufgabe der Verbandsleitung, die Bewegung vor Verflachung zu bewahren. Wohl sollten die Verbandstagungen auch in Zukunft nach außen hin als imposante Kundgebungen wirken, aber der Hauptwert sollte noch mehr als bisher auf die gründliche E r f o r s c h u n g der Standesfragen gelegt werden.

Aus diesem Grunde wurde auch der „Deutsche Handlungsgehilfentag“ zu einer ständigen Einrichtung des Verbandes gemacht. Er erhielt vor allen Dingen ein festeres Gefüge; neben dem Vorstande des Handlungsgehilfentages wurde ein ständiger Ausschuß niedergesetzt, dem außer den sämtlichen Mitgliedern der Verwaltung und des Aufsichtsrates eine ganze Anzahl von Kollegen aus der Praxis aus allen Teilen des Reiches und der Ostmark angehören. Der Ausschuß zerfällt in sich wieder in so viele Abteilungen als wichtige Standesfragen vorliegen. Die eine beschäftigt sich somit mit der Frauenfrage, die andere mit dem kaufmännischen Unterrichtswesen, die dritte mit dem Lehrlingswesen, eine vierte mit der Frage der Handelsinspektoren usw.

Dieser Ausschuß des Handlungsgehilfentages kommt in jedem Jahre zu eingehender, mehrtägiger Verhandlung zusammen. Ist eine Frage spruchreif, so unterbreitet sie der Vorstand dem alle zwei Jahre im Anschluß an den Verbandstag stattfindenden deutschen Handlungsgehilfentage zur endgiltigen Beschlußfassung.

Noch einen andern sehr wichtigen Beschluß faßte der Kölner Verbandstag: Er beschloß, sobald die Geldmittel des Verbandes es gestatten würden, in regelmäßigen Zwischenräumen, etwa von fünf zu fünf Jahren, Umfragen über die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse der Handlungsgehilfen unter den Mitgliedern zu veranstalten. Es dauerte allerdings noch einige Jahre, bis der Beschluß durchgeführt werden konnte. Daß er gefaßt wurde, beweist aber, daß sich die Vertreter des Verbandes in Köln bereits völlig darüber klar waren, wo den Handlungsgehilfen der Schuh drückt.

Die überaus lebhafte und gründliche Beschäftigung mit sozialpolitischen Fragen, die unsern Verband von jeher von allen andern kaufmännischen Verbänden vorteilhaft unterschieden hat, nötigte im Jahre 1903 die Verbandsleitung, nach Wegen zu finnen, um das

Organ des Verbandes, die Deutsche Handels-Wacht, zu entlasten. Es wurde unmöglich, auch nur die wichtigsten Eingaben und Vorschläge, die der Verband fortwährend an gesetzgebende Körperschaften richtet, in der Handels-Wacht zum Abdruck zu bringen. Am 1. Januar 1904 trat deshalb das Archiv für kaufmännische Sozialpolitik ins Leben, eine Zeitschrift, die die wissenschaftliche Schwester der Deutschen Handels-Wacht darstellt. Das Archiv wurde herausgegeben, obwohl sich die Verbandsleitung völlig darüber klar war, daß sie damit auch ein Unterrichtsblatt für die Leiter aller übrigen kaufmännischen Vereine und Vereinen schuf, ein Unterrichtsblatt, das in der Tat sehr fleißig benutzt worden ist.

Noch eine andere Verbandszeitschrift sollte in der Geschäftszeit 1903/04 das Licht der Welt erblicken: Die Blätter für junge Kaufleute. Mehrere alte kaufmännische Vereine besaßen seit Jahren eine Lehrlingsabteilung. Allerdings kümmerte sich kein Mensch um diese Abteilungen. Die Lehrlinge mußten einen Beitrag bezahlen und erhielten dafür einige Rechte, die bei Licht besehen, keinerlei Bedeutung und Wert hatten.

Hatte die Verbandsleitung in früheren Jahren die Errichtung einer deutschnationalen Lehrlings-Abteilung unter den obwaltenden Verhältnissen bekämpft, so zögerte sie jedoch mit der Gründung keinen Augenblick mehr, als sich die Verhältnisse günstiger gestalteten. Am 29. Mai 1904 faßten Verwaltung und Aufsichtsrat unter Hinzuziehung der auswärtigen Aufsichtsratsmitglieder den Beschluß, eine Lehrlings-Abteilung zu gründen. Am 1. Oktober 1904 trat sie ins Leben. Ihr Organ wurden die gleichzeitig gegründeten „Blätter für junge Kaufleute“.

Die Blätter für junge Kaufleute sollen eine Ergänzung der praktischen Lehre einerseits und des Fortbildungsschul-Unterrichts andererseits bilden. Sie sollen unter der heranwachsenden kaufmännischen Jugend die Empfindung für deutsches Volksbewußtsein und die Ehre des deutschen Kaufmannsstandes wecken und pflegen.

Nachdem eine Reihe von Jahren seit der Gründung der Blätter ins Land gegangen sind, kann heute wohl gesagt werden, daß die Blätter für junge Kaufleute sowohl wie auch die Lehrlings-Abteilung die Erwartungen, die man an sie zu stellen berechtigt war, vollauf erfüllt haben. Nicht nur zahlreiche, treue Mitglieder, die durch Vermittlung der Lehrlingsabteilung zu tüchtigen Vorkämpfern unserer

Bewegung geworden sind, nicht nur viele Anerkennungen von Schulmännern und weitblickenden Kaufleuten beweisen das, sondern auch die Tatsache, daß die andern kaufmännischen Vereine die Einrichtungen unserer Lehrlings-Abteilung nachzuahmen suchten, spricht dafür, daß unser Verband auch auf diesem Gebiete den richtigen Weg gefunden hat.

Inzwischen war auch das Verbandshaus, unsere Burg, am Holstentwall fertig geworden. In den Tagen vom 25. bis 27. Juni 1904 erfolgte der Umzug. Zuerst war das Haus noch etwas groß für den Verband, aber in wenigen Jahren, schneller als irgend einer gedacht hatte, sollte es passend werden.

Schon in den Jahren 1903 und 1904 setzte ein lebhafteres Wachstum der Mitgliederzahlen ein. Im Jahre 1903 wurde eine Netto-Zunahme von 4000, 1904 eine solche von 6000 Mitgliedern erzielt. Die Krisis der Jahre 1901 und 1902 war überwunden. Es erhob sich eine frische Brise, die die Segel unseres Verbandschiffes mehr und mehr zu füllen begann.

In 846 öffentlichen Versammlungen sprachen unsere Verbandsredner in den beiden Jahren zu den Landesgenossen. Im Süden und Norden, im Osten und Westen unseres Vaterlandes wurden Samenkörner ausgesät, die bald Frucht bringen sollten.

Etliche Körner wehten aber auch über die Reichsgrenzen. Sie saßten in der Ostmark, in Deutsch-Oesterreich, sodann aber auch im Auslande, in London, Paris, Lissabon, Brüssel usw. Wurzel.

Schon früher waren in Deutsch-Oesterreich einzelne Ortsgruppen unseres Verbandes entstanden. Ende 1902 zählte unser Verband in der alten Ostmark etwa 300 Mitglieder. Im Jahre 1903 wurde der Beschluß gefaßt, den Verband planmäßig auf die in zahlreichen, ohnmächtigen Vereinen zersplitterte Handlungsgelhilfen-Welt der Ostmark auszuwehnen. Demgemäß schlossen sich die wenigen damals bestehenden deutsch-österreichischen Ortsgruppen am 1. Oktober 1903 zum Gau Ostmark zusammen und entfalteten unter der Leitung ihres rührigen Gauvorstehers Gröndahl eine lebhafteste Werbe-Arbeit. Ende 1903 war die Mitgliederzahl zwar erst auf 500 gestiegen, aber das Jahr 1904 brachte einen mächtigen Aufschwung. Ende 1904 zählte unser Verband in Deutsch-Oesterreich 1181 Mitglieder. Die Arbeit des Gauvorstandes war nicht mehr

ehrenamtlich zu bewältigen und so mußte am 1. Oktober 1904 in Wien eine besondere Geschäftsstelle gegründet werden.

Aber auch in anderen Gauen und großen Ortsgruppen wuchs die Arbeit den Vorständen über den Kopf. So entstanden neben den alten Geschäftsstellen Leipzig, Köln, Mannheim und Berlin neue Geschäftsstellen in Breslau, Hannover und, wie gesagt, in Wien.

Den ersten Anstoß zu der erfreulichen Vorwärts-Entwicklung unseres Verbandes gab eine Tat des Reichstags, die, genau genommen, eine Tat unseres unterstützenden Mitgliedes *Friedrich Raab* war:

Schon seit Jahren hatte unser Verband auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Krankenversicherungszwang auf alle Handlungsgehilfen und -Lehrlinge, deren Einkommen 2000 Mark jährlich nicht übersteigt, auszudehnen. Auf dem Handlungsgehilfentage in Mannheim hatten wir diese Forderung besonders nachdrücklich erhoben. Im Jahre 1903 legte die Regierung dem Reichstage eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vor, die aber nichts für die Handlungsgehilfen enthielt. Sofort gingen unsere Gauen und Ortsgruppen an die Arbeit. In nicht weniger als 756 Eingaben wurden dem Reichstage unsere Forderungen unterbreitet.

Die Kommission des Reichstages, die den Gesetzentwurf der Regierung zu prüfen hatte, wollte zwar von unseren Vorschlägen nichts wissen. Als der Entwurf aber im Plenum beraten wurde, brachte Raab unsern Antrag, den Krankenversicherungszwang auf die Handlungsgehilfen auszudehnen, wieder ein, mit dem Erfolg, daß der Antrag am 23. April 1903 einstimmig angenommen wurde.

Am 1. Januar 1904 ward unsere alte Forderung Gesetz. Hatten viele kaufmännische Verbände, unter ihnen natürlich auch der wie immer rückständigste Verein für Handlungscommis von 1858 unsere Forderung, die Krankenversicherung für die Handlungsgehilfen obligatorisch zu machen, früher bekämpft, so beeilten sich diese Gegner jetzt natürlich nach Kräften, die Früchte unserer Arbeit für sich einzuheimen. Nachdem der Krankenversicherungszwang erkämpft war, mußte man auf einmal nichts mehr von der früheren grundsätzlichen Gegnerschaft. Man bemühte sich vielmehr nur noch, möglichst viele Handlungsgehilfen für die eigenen Krankenkassen zu gewinnen.

Noch ein anderer großer Erfolg sollte dem sozialpolitischen Eifer unseres Verbandes beschieden sein. Die Forderung nach Kaufmannsgerichten war Jahr um Jahr von uns erhoben worden. Schließlich konnte sich die Regierung den berechtigten und wohlbegründeten Vorstellungen nicht mehr entziehen. Besonders in der schon erwähnten Schrift Nr. 3 unseres Verbandes, Kaufmännische Schiedsgerichte, die heute längst vergriffen ist, hatten wir alles zusammengetragen, was sich für die Notwendigkeit der Kaufmannsgerichte an sich und für die Zweckmäßigkeit, sie den Gewerbegerichten anzugliedern, sagen läßt. Ja, wir hatten in dieser Schrift der Öffentlichkeit einen vollständigen Gesetzentwurf über Kaufmannsgerichte unterbreitet.

Im Januar 1904 gelangte endlich der längst erwartete Gesetzentwurf der Regierung an den Reichstag. In den Grundzügen deckte sich der Regierungs-Entwurf mit unseren Vorschlägen. Wohl hatte man Einzelheiten verschlechtert, z. B. das Wahlalter hinaufgesetzt, auch die Gerichte nur für Städte von mindestens 50 000 Einwohnern vorgesehen, aber es gelang noch während der Verhandlungen im Reichstage einige Verschlechterungen wieder auszumergen. Je länger die Beratungen im Reichstage dauerten, desto mehr erschien indessen das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet. Es bedurfte der ganzen Aufmerksamkeit unseres Verbandes, der noch in letzter Stunde, am 11. Juni, an alle Reichstagsabgeordnete eine Eingabe richtete, um das Scheitern des Gesetzes zu verhindern. Endlich, am 16. Juni 1904 wurde es verabschiedet. Dieser Erfolg ist umso bedeutsamer angesichts der Tatsache, daß die sogenannten „alten“ kaufmännischen Verbände sich um die Sache zunächst so gut wie gar nicht kümmerten. Zwar behaupten sie, auch für diese Forderung von je her „eingetreten“ zu sein, womit im besten Falle gesagt sein soll, daß sie auf einer ihrer General-Versammlungen oder bei einer sonstigen Gelegenheit einmal einer Entschliebung zustimmten, durch die kaufmännische Schiedsgerichte gefordert wurden. Darüber sind sie indessen nie hinausgekommen. Irgend welche praktische Arbeit für die Schaffung des Kaufmannsgerichts-Gesetzes haben sie jedenfalls zu keiner Zeit geleistet. Im Gegenteil, sie haben sich redliche Mühe gegeben, die Arbeit des D. G. V. zu durchkreuzen, zum mindesten zu erschweren. Kann man es anders bezeichnen, wenn z. B. der 58er Verein gemeinschaftlich mit dem Leipziger Ver-

band und dem Deutschen Verband kaufmännischer Vereine noch dann in einer Eingabe die Angliederung der Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte forderte, als unbedingt feststand, daß die Schaffung von Kaufmannsgerichten nur im Anschluß und nach Art der Gewerbe-Gerichte möglich war? Damit haben die genannten Vereine das Zustandekommen des Kaufmannsgerichts-Gesetzes jedenfalls in unverantwortlicher Weise gefährdet. Wie wenig man im Lager der alten Verbände die Bedeutung der Frage der Kaufmannsgerichte zu erfassen vermochte, erhellt u. a. aus der Tatsache, daß z. B. der 58er Verein noch im Jahre 1903 die Anregung des D. H. W., der Regierung einheitliche Forderungen zum Gesetzentwurfe betr. die Kaufmannsgerichte gemeinsam zu unterbreiten, ablehnte. Soviel steht ohne Zweifel fest, daß die Handlungsgehilfen die Kaufmannsgerichte in der Hauptsache der Arbeit des D. H. W. zu verdanken haben.

Allgemein wurde auch von den Parlamentariern anerkannt, daß er die bewegende Kraft bei der Frage der Kaufmannsgerichte gewesen ist.

Am 1. Januar 1905 sollten die Kaufmannsgerichte in Kraft treten. In den meisten Gemeinden traten sie jedoch erst im Laufe der ersten Monate des Jahres 1905 in Kraft, nachdem vorher die Kaufmannsgerichtswahlen, auf die wir gleich zu sprechen kommen werden, stattgefunden hatten.

Am 1. Februar 1905 trat eine neue Monatschrift, Das Kaufmannsgericht, ins Leben. Mit der Schaffung der kaufmännischen Sondergerichte und der Berufung von Beisitzern dazu allein war es ja nicht getan. Die Beisitzer mußten ihrer Aufgabe gewachsen sein, die Kaufmannsgerichte sollten einen Sturm mächtiger Gegner überdauern. Die neue Zeitschrift hat sich ihrer Bestimmung gemäß kräftig entwickelt. Den Beisitzern ist sie ein zuverlässiger Berater, dem Kaufmannsgerichtsgedanken eine scharfe Waffe geworden. Mit Erfolg verfißt sie deutsche Rechtsanschauungen auf dem Gebiete des kaufmännischen Dienstvertrages.

Hatte sich das Hauptinteresse des Verbandes in den Jahren 1903 und 1904 auf die Einführung der Kaufmannsgerichte und der Krankenversicherung gerichtet, so wurden doch gleichzeitig alle andern Standesfragen eifrig und sorgfältig behandelt.

So erschien die Schrift: 32 Gutachten über die völlige Sonntagruhe, das Material über die kaufmännischen Fortbildungsschulen wurde zu einem besonderen Bande (Bd. 14) unserer Schriften verarbeitet. Auch für die staatliche Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung leisteten wir ein wertvolles Stück Pionierarbeit. Der Ausschuß für die Pensions-Versicherung der Privatangestellten, dem auch der D. G. B. angehört, gab Fragebogen für die Mitglieder der angeschlossenen Vereine heraus, um die erforderlichen statistischen Unterlagen zu gewinnen. Unser Verband beteiligte sich selbstverständlich an dieser Umfrage und lieferte allein 22 000 ausgefüllte Fragebogen wieder ein.

\* \* \*

Mit 56 126 Mitgliedern trat der Verband in die Geschäftsperiode 1905/1906 ein. Noch waren die beiden alten Verbände jeder für sich stärker als der jüngere deutschnationale Verband. Aber schon die Wintermonate 1904/05 brachten den Beweis, daß die deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung an innerer Stärke ihren alten Widersachern überlegen war.

Dieser Beweis wurde durch den Ausfall der Kaufmannsgerichtswahlen geführt. Wahlberechtigt sind bekanntlich nur Handlungsgehilfen über 25 Jahren, während das passive Wahlrecht erst mit dem 30. Lebensjahre beginnt. Auf diese gesetzliche Bestimmung gründete sich die Hoffnung unserer Gegner. Weil ihre Verbände älter sind als der D. G. B., so haben sie natürlich einen größeren Prozentsatz älterer Mitglieder in ihren Reihen als dieser.

Tatsächlich fehlte es uns in manchen Städten recht sehr an älteren Mitgliedern, hier und da unterblieb sogar die Beteiligung an der Wahl, weil kein Mitglied unseres Verbandes das Alter hatte, das für Aufstellung als Kandidat Vorbedingung ist. Der Wahlkampf wurde also unter recht schwierigen Verhältnissen geführt. Desto größer war die Ueberraschung, als ein Sieg der deutschnationalen Liste nach dem anderen gemeldet werden mußte.

Besonders in den Großstädten siegten die Deutschnationalen fast überall. In Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt errangen die Deutschnationalen mehr Beisitzer als irgend einer ihrer weit zahlreicheren Gegner.

Das vorläufige Endergebnis der Wahlen war das folgende: Es waren gewählt

621 deutschnationale Beisitzer,  
219 58er Beisitzer,  
432 Leipziger Beisitzer,  
94 Sozialdemokraten,  
939 Beisitzer, die kleineren Vereinen, örtlichen

Vereinigungen usw. angehörten.

Ein unerwartet glänzender Sieg! In zahlreichen Städten konnte man an der Hand der vorliegenden Zahlen feststellen, daß die deutschnationalen Listen nicht nur von den Mitgliedern des D. S. B. gewählt worden waren, sondern daß eine große Menge Unorganisierter, ja daß zahlreiche Mitglieder gegnerischer Verbände für uns gestimmt hatten. Damit war festgestellt, daß zahlreiche, auch ältere Handlungsgehilfen, die sich aus irgendwelchen Gründen äußerlich nicht zu uns bekennen, im Herzen auf unserer Seite stehen. Hatte der D. S. B. in den Maßregelungsjahren darunter gelitten, daß er es gewagt hatte, die Interessen der deutschen Handlungsgehilfen mutig zu vertreten, so durfte er sich jetzt auch der Anerkennung weiter Kreise dafür erfreuen, daß er es verschmäht hatte, den Rücken zu beugen. Eine frohe, siegesgewisse Stimmung herrschte darum auch auf dem neunten Verbandstage, der im Juni 1905 am Sitz des Verbandes, in Hamburg stattfand. Manchen alten Mitkämpfern aus der ersten, harten Zeit kamen die Freudentränen, als ihnen der Eindruck der gewaltigen Tagung klar machte, was aus dem kleinen Pflänzlein von 1893 und 1894 geworden war.

Der Kampf bei den Kaufmannsgerichtswahlen hatte auch den Unterschied hell beleuchtet, der zwischen der Arbeit und den Zielen des D. S. B. einerseits und aller anderer Verbände andererseits besteht. Es wurde den deutschen Handlungsgehilfen immer mehr klar, daß der D. S. B. nicht ein kaufmännischer Verein unter vielen, sondern daß er in der Tat die Organisation der deutschen Handlungsgehilfen darstellt.

Eine umfassende, großangelegte Werbearbeit suchte diese Erkenntnis planmäßig zu fördern. Besonders im Herbst und Winter des Jahres 1905 wurde durch unsere Ortsgruppe Uebermenschliches geleistet. Am 1. Januar 1896 war unser Verbandsvorsteher in die Dienste des D. S. B. getreten. Am 1. Januar 1906 jährte

sich dieser für die ganze Handlungsgehilfen-Bewegung wichtige Tag zum zehnten Mal. Es war ein eigenartiges Jubiläumsgeschenk, das die Organisation ihrem Führer zu diesem Tage überreichte. Es bestand aus 10 000 (genau 10 258) Beitrittserklärungen. Die Mitgliederzahl des Verbandes schnellte damit mit einem Schläge auf 75 695. Es war in einem Jahre ein Zuwachs von fast 20 000 Mitgliedern erzielt worden.

Damit trat der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband auch äußerlich an die Spitze der deutschen kaufmännischen Vereine. Der Verein für Handelskommis mußte den so lange geführten Titel „Größter kaufmännischer Verein der Welt“ an den jungen, gehafteten Nebenbuhler abgeben, endgiltig abgeben.

Wenige Wochen, ehe das langersehnte Ziel erreicht worden war, gelang es einen anderen bedeutungsvollen Erfolg zu erkämpfen: Am 17. November 1905 wurde nach einem erbitterten, ja wütenden Wahlkampf Schack in Eisenach zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Die deutschen Handlungsgehilfen erhielten in der Person ihres berufensten Führers einen eigenen Vertreter im Parlamente. Die Verwaltung des Verbandes hatte gewiß recht, als sie am 18. November früh auf unserer Burg am Holstentwall die Fahnen wehen ließ. Wohl setzten die Gegner innerhalb und außerhalb des Kaufmannsstandes Himmel und Hölle in Bewegung, um Schack das Mandat später wieder zu entreißen, wohl ist zumal jüdisches Geld in Strömen nach Eisenach geflossen. Es gelang ihm dennoch, den vielumstrittenen Wartburgkreis zu behaupten.

Im Jahre 1906 dauerten die Kämpfe und Siege des Vorjahres fort. Es galt in diesem Jahre die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften daran zu erinnern, daß Kaiser Wilhelm I. am 17. November 1881 den abhängigen Schichten des deutschen Volkes eine erhöhte Fürsorge zugesagt hatte. Am Jubiläumstage dieser kaiserlichen Botschaft fanden auf Veranlassung unserer Ortsgruppen in hunderten von Städten öffentliche Versammlungen statt, in denen wohl die Bedeutung der kaiserlichen Botschaft völlig gewürdigt, in denen aber auch darauf hingewiesen wurde, daß die Botschaft noch ihrer vollständigen Erfüllung harret.

In Folge dieser „Botschafts-Versammlungen“ war die Versammlungstätigkeit in dem Vereinsjahr 1905/06 weitaus stärker als je zuvor. Nicht weniger als 1612 öffentliche Versammlungen hatten stattgefunden!

Die große Mitgliederzunahme hatte zur Folge, daß die Zahl der Geschäftsstellen wiederum vermehrt werden mußte. Neue Geschäftsstellen entstanden in Magdeburg, Stuttgart, Dresden und Chemnitz.

Ein neuer Gau entstand dadurch, daß die Schweizer Ortsgruppen sich zu einem solchen zusammenschlossen. Wohl kann der Gau Schweiz in absehbarer Zeit nicht an Macht und Größe mit den übrigen Gauen unseres Verbandes in Wettbewerb treten. Aber die deutsche Schweiz ist alter Reichsboden und wirtschaftlich stehen die Schweiz und das Deutsche Reich in engster Verbindung.

Selbstverständlich ruhte bei allen äußeren Erfolgen die stillere sozialpolitische Arbeit keineswegs. Nicht weniger als 11 zum Teil ziemlich umfangreiche Schriften, die während der Jahre 1905 und 1906 neu erschienen, legen Zeugnis von der Emsigkeit und der Gründlichkeit ab, womit gearbeitet worden ist. Unter anderem erschienen Schriften über die Kaufmannsgerichte, über die Handelsinspektoren und die Konkurrenzklause der Handlungsgehilfen. Bereits im Frühjahr 1905 war unser Normal-Lehrvertrag hinausgegangen. Im gleichen Jahre hatte der Verband den deutschen Handelskammern eine Denkschrift über das Lehrlingswesen zugehen lassen und sie veranlaßt, zu den Forderungen unseres Verbandes auf diesem Gebiete einmal Stellung zu nehmen.

Eine Folge der fortgesetzten, systematischen sozialpolitischen Erziehung war es auch, daß die provinzialen Handlungsgehilfentage mehr und mehr an Bedeutung gewannen. Wohl protestierten die anderen Verbände in altgewohnter Weise gegen das Stattfinden solcher Tagungen, sie konnten es aber doch nicht ändern, daß die Handlungsgehilfentage zu den wichtigsten Kundgebungen in standespolitischer Hinsicht wurden. Die klügeren unter unseren Gegnern erkannten das auch bald und sie versielen — nur leider etwas spät — auf den Gedanken, uns die Handlungsgehilfentage nachzumachen. So sieht man es im Leipziger Verbands durchaus nicht als unlauteren Wettbewerb an, wenn man von seiner Seite aus nach unserem Muster ostpreussische Handlungsgehilfentage veranstaltet, während man in anderen Provinzen Zeter und Mordio geschrien hatte, weil wir Handlungsgehilfentage einberiefen.

Schon in früheren Jahren hatte unser Verband stets die Notwendigkeit der privaten Fortbildung im Kaufmannsstande erkannt.

Im Jahre 1905 ging er einen großen Schritt weiter. Er sorgte dafür, daß der Verband selber ein Träger der Bildungs- und Fortbildungsbestrebungen wurde. Die Verbandsleitung veranlaßte die Ortsgruppen besondere Obmänner für das Unterrichtswesen zu wählen und gab eine ausführliche Anleitung zur Gründung von Fortbildungskursen heraus. Der erste Erfolg war schon sehr beachtenswert. Im Winterhalbjahr wurden durch die Ortsgruppen unseres Verbandes insgesamt 309 Unterrichtskurse veranstaltet, an denen 4508 Schüler teilnahmen. — Ein vielversprechender Anfang, der zu weiterer, lebhafter Tätigkeit ermutigte!

Unterstützt wurden die Arbeiten der Abteilung für Bildungsbestrebungen durch die immer mehr aufblühende Verbandsbuchhandlung, die große Mengen guter Unterrichtswerke, aber auch sonstige gute Bücher verbreitet.

Immer breiter wurde der Strom, immer zahlreicher wurden die Aufgaben, die an uns herantraten. Eine kleine Freude war es deshalb für alle Verbandsmitglieder, als es im Jahre 1906 von zwei gänzlich unparteiischen Seiten anerkannt wurde, daß die deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Bewegung ihre Aufgaben zu erfüllen weiß: die „Internationale Ausstellung“ in Mailand verlieh unserem Verbands-Vorsteher die goldene Medaille, während die Deutsch-Böhmische Ausstellung in Reichenberg uns einen Ehrenpreis zuerkannte.

Mit 90 413 Mitgliedern schloß der Verband dieses seit seiner Gründung erfolgreichste Geschäftsjahr.

\* \* \*

Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband hatte im Laufe des Vereinsjahres 1905/06 sein erstes Ziel erreicht. Er war der größte kaufmännische Verein Deutschlands geworden. War es früher sehr oft nötig gewesen, die Sünden der alten Verbände unter die Lupe zu nehmen und verkehrte Maßnahmen scharf zu kritisieren, so konnte sich der D. G. V. als größter Verband diese unangenehme und undankbare Arbeit mehr und mehr sparen. War es früher unter Umständen ein Verhängnis für die deutschen Handlungsgehilfen, wenn die alten Vereine wieder einmal eine Gelegenheit, für die berechtigten Wünsche der Handlungsgehilfen einzutreten, verschlafen hatten, so wurde es jetzt immer gleichgiltiger, was dieser

oder jener der sogenannten paritätischen (paritätisch, weil in ihnen die Prinzipalität ebensoviel oder mehr zu sagen hat als die Gehilfenschaft) Verbände tat oder nicht tat. Die gesetzgebenden Körperschaften wußten längst, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband als die eigentliche Vertretung des Handlungsgehilfenstandes anzusehen war.

Der Friede in der Handlungsgehilfen-Bewegung wurde durch die ruhige Haltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes allerdings nicht hergestellt. Die Erfolge des deutschnationalen Verbandes ließen die zahlreichen Gegner nicht schlafen und unausgesetzt versuchte man von allen Seiten, dem D. S. B. und seinen Führern etwas am Zeuge zu flicken. Der sozialdemokratische Zentral-Verband und der Verein für Handlungs-Commis von 1858, welcher letzterer inzwischen wieder einmal seine Leitung gewechselt hatte, stritten dabei um die Palme der größten Unschlichkeit.

Auch der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig hatte in den Jahren 1906 und 1907 einen Werberedner auf uns losgelassen, der es in der Wahl seiner Mittel nicht sehr genau nahm; doch machte sich dieser Herr, dessen Vergangenheit zudem für einen Gehilfenführer nicht sonderlich geeignet erschien, bald in der Handlungsgehilfen-Bewegung unmöglich. Die Leipziger Verbandsleitung, die den Herrn genau kannte, verwandte ihn zwar zu allgemeiner Verwunderung noch hier und da im öffentlichen Leben, doch gerieten sein Name und seine Person inzwischen in Vergessenheit.

Alle Angriffe vermochten es aber nicht, die stete Weiter-Entwicklung der deutschnationalen Handlungsgehilfen-Bewegung aufzuhalten. Die Kaufmannsgerichtswahlen, deren zweiter Gang in den Winter 1907/08 fiel, lieferte den Beweis dafür, daß an ein Zurückdrängen des deutschnationalen Einflusses nicht mehr zu denken sei. War es dem D. S. B. gelegentlich des erstmaligen Stattfindens der Wahlen an vielen Plätzen gelungen, die Gegner zu überrumpeln, so ging das im Winter 1907/08 nicht mehr. Auf beiden Seiten standen sich schlagfertige Heerhaufen gegenüber. Wohl mußte der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hier und da eine Position aufgeben, deren Eroberung er nicht der eigenen Macht, sondern der Nachlässigkeit der Gegner zu verdanken gehabt hatte, aber in a l l g e m e i n e n bedeutete der Ausgang des Wahlkampfes einen glänzenden Sieg des D. S. B.

Am 31. Dezember 1908 waren vorhanden

- 959 Beisitzer aus den Reihen des D. S. B. (1905: 621),  
492 " " " " der Leipziger (1905: 432),  
261 " " " " der 58er (1905: 219),  
116 " " " " des Vereins der Deutschen Kaufl.\*),  
93 sozialdemokratische Beisitzer (94),  
742 Beisitzer aus den verschiedenen Lokalvereinen (939).

Der D. S. B. hatte also in den letzten Jahren ganz bedeutend an Boden gewonnen. Immer mehr gewann er das Vertrauen auch der älteren Kollegen.

Immer größer wurde auch die Zahl seiner Mitglieder. Auf dem Verbandstage in Dresden, im Juni 1907 war es, als das erste 100 000 voll wurde. Hunderte von Stimmführern brachten noch Beitrittserklärungen mit nach Dresden, um das letzte angefangene Tausend zu vollenden.

Die stetig wachsende Mitgliederzahl bedingte die Gründung weiterer Geschäftsstellen. Solche entstanden in Frankfurt, Nürnberg, München und Erfurt. In Königsberg, Danzig und Stettin (hier erst im Frühjahr 1909) wurde durch die Anstellung von Wanderrednern der Grundstein für spätere Geschäftsstellen gelegt.

Der innere und der äußere Ausbau der Organisation hielten sich immer gleichen Schritt. Vergebens versuchte man in der Leitung der anderen Verbände uns nachzuahmen. Ueber Neußerlichkeiten, die man uns ohne Mühe absehen konnte, kam man nicht hinweg. Man scheute sich allerdings auch nicht im mindesten, uns Einrichtungen nachzuahmen. Wie hatte man früher über unsere Versicherung gegen Stellenlosigkeit gescholten. Man war nicht müde geworden zu erklären, daß es gar keine Versicherung, sondern nur eine Unterstützungskasse sei. Im Jahre 1904 sagte z. B. noch Herr Bernhard vom Leipziger Verband: „Es ist mir selbstverständlich bekannt, daß eine angebliche Versicherung gegen Stellenlosigkeit sowohl der B. d. D. A. als auch der deutschnationale Verband hat. Ich sage: eine a n g e b l i c h e Versicherung bei Stellenlosigkeit . . . . Das ist Sand in die Augen; das ist eine Versicherung überhaupt nicht. Wir sind bis jetzt offene und ehrliche Leute gewesen. Wir haben unsern Mitgliedern nichts vorgemacht.“

---

\*) Die Beisitzer für 1905 sind unter „verschiedene Vereine“ mitgezählt.

Nun, w i r unterstellten durch Beschluß des Dresdener Verbandstages unsere Versicherung gegen Stellenlosigkeit dem Aufsichtsamt für Privatversicherung, w i r räumten unsern Mitgliedern klagbare Rechte ein; dagegen schuf der Leipziger Verband inzwischen nach unserem früheren Muster eine „Unterstützungskasse“ ohne klagbare Rechte, wurde also genau so „unehrlich“, wie wir es seiner Ansicht nach früher waren.

Im Winter 1907 war unser Verband rund 25 000 Mitglieder stärker als der Leipziger Verband. Er stellte im Gegensatz zu diesem eine geschlossene Macht dar, so daß kein Kenner der Verhältnisse darüber im Unklaren sein konnte, auf welcher Seite eine wohlbegründete, frohe Hoffnung auf die Zukunft vorhanden sein konnte. Es war der Leitung des D. S. V. auch bekannt, daß im Leipziger Verband Männer vorhanden sind, die von den besten Absichten für unsern deutschen Handlungsgehilfenstand beseelt sind, die diese Absichten aber niemals in einem Verbands durchsetzen können, in dem der eine nach links und der andere nach rechts zieht, in einem Verbands, in dem er es wohl den Gehilfen recht machen möchte, in dem man aber nicht die Latkraft besitzt, parteipolitische Quertreibereien zu unterdrücken.

Die deutschnationale Verbandsleitung glaubte, daß eine Verständigung mit den gutgesinnten Elementen im Verbands Deutscher Handlungsgehilfen nicht ausgeschlossen sei. Sie hielt es deshalb für ihre Pflicht, den Versuch zu machen, eine Vereinheitlichung der deutschen Handlungsgehilfen-Bewegung herbeizuführen. Nach einleitenden Verhandlungen einigten sich eine Anzahl leitender Männer beider Verbände am 26. Januar 1908 in Berlin auf folgenden Aufruf:

In der klaren Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Lage der deutschen Handlungsgehilfen und die ihrem Stande drohenden Gefahren ein einheitliches Zusammenfassen der in der Handlungsgehilfen-Bewegung vorhandenen Kräfte gebieterisch verlangen, haben sich die unterzeichneten Mitglieder des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen (Sitz Leipzig) und des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (Sitz Hamburg) einmütig entschlossen, als Ergebnis einer von beiden Seiten zwanglos eingeleiteten und am 26. Januar 1908 in Berlin abgehaltenen Besprechung, die leitenden Körperschaften der beiden Verbände auf-

zufordern, ohne Verzug die erforderlichen Schritte zur Erörterung einer Interessengemeinschaft mit dem so bald als möglich zu erstrebenden Endziel eines völligen Zusammenschlusses beider Verbände vorzunehmen. Wir sind überzeugt, daß die Beseitigung der diesem Ziel entgegenstehenden Schwierigkeiten gelingen wird, wenn die leitenden Körperschaften und die Mitglieder beider Verbände überall das gleiche Maß von Verantwortlichkeitsgefühl für die Interessen des ganzen Standes an den Tag legen werden, das uns bei der Abfassung und Unterzeichnung dieses Aufrufs begleitet hat.

Der Aufruf erregte berechtigtes Aufsehen. Besonders die links-liberale Presse, der das Wohl des gesamten Handlungsgehilfenstandes nebensächlich, das Interesse einer Handvoll Juden aber ausschlaggebend war, tobte.

Die Mitglieder des D. S. B., auch die einer Verschmelzung mit dem Leipziger Verbände abgeneigt waren, bewahrten eine musterhafte Disziplin. Kein Wort drang nach außen. Die Streitart wurde sofort begraben und ruhig warteten alle die Tausende das Weitere ab.

Leider fehlte auf der anderen Seite die Disziplin und das Verantwortlichkeitsgefühl vollständig. Zahlreiche Kreisvereine des Leipziger Verbandes, der Kreisverein Königsberg allen voran, machten aus der Sache, die doch nur die beiden beteiligten Vereine anging, eine öffentliche Angelegenheit. Man scheute sich nicht, die deutschnationalen Führer persönlich zu verdächtigen und schreckte selbst auf der Hauptversammlung, die sich mit dem Einigungsplan befaßte, nicht vor gehässigen Angriffen und Unterstellungen zurück.

Die Leipziger Hauptversammlung lehnte zum Schaden der deutschen Handlungsgehilfen eine Einigung der beiden Verbände ab. Nur eine sozialpolitische Interessengemeinschaft sollte angestrebt werden. Der D. S. B. war trotz alledem, was vorgegangen war, friedliebend genug, auch diese zu versuchen. Sie scheiterte indessen sehr bald bei dem Versuch, eine Einigung in der Frauenfrage herbeizuführen. Jetzt zeigte man plötzlich in der Leitung des Leipziger Verbandes die Disziplin, die man sonst im Verbände während der Verhandlungen vermißt hatte. Die in der Handlungsgehilfen-Bewegung ergrauten Männer, die so oft die Unhaltbarkeit des Standpunktes nachgewiesen hatten, den der Leipziger Verband neuerdings

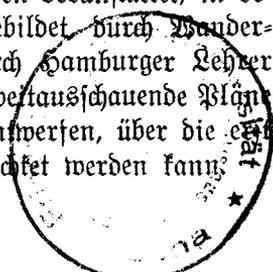
in der Frauenfrage einnimmt, sie gingen mit der Mehrheit, die von einigen parteipolitischen Heißspornen beherrscht wurde.

Das negative Ergebnis der Einigungs-Verhandlungen hatte gezeigt, daß die im Leipziger Verband organisierten Mitglieder noch nicht reif genug waren, um ihre Verbands-Selbstsucht hinter das Standeswohl zurückstellen zu können. Ob diese Reife einmal erreicht wird, müssen künftige Jahrzehnte lehren.

Eindringlich genug wurde allerdings bereits im Jahre 1908 die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der deutschen Handlungsgehilfen-Bewegung gepredigt, allerdings nicht von ihren Freunden, sondern von ihren Feinden. Der Verband bayerischer Metall-Industrieller versuchte das Vereinigungsrecht der technischen und kaufmännischen Angestellten anzugreifen. Er rief dadurch aber im ganzen Reiche eine Stimmung wach, die ihn veranlaßte, seinen Fehmbeschluß zurückzunehmen.

An anderer Stelle ist bereits darauf hingewiesen worden, daß im D. G. V. der Ausbau der inneren und der äußeren Organisation stets in gleichem Maße erfolgt. In den Jahren 1907 und 1908 wurde dem äußeren Aufschwung entsprechend an der inneren Organisation fleißig gearbeitet, um eine immer größere Vervollkommnung zu erreichen. Hatten z. B. früher unsere Gegner auf die verhältnismäßig kleinen Ergebniszahlen unserer Stellenvermittlung hingewiesen, so wurde ihnen in den Jahren 1907 und 1908 klar gemacht, daß die Zeit nicht mehr fern sei, in der auch auf diesem Gebiete der Kampf um die erste Stelle mit dem D. G. V. auszufechten sein würde. Im Jahre 1907 besetzte der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 2769 und im Jahre 1908: 2773 Stellen. Diese letzte Zahl ist um so höher anzuschlagen, wenn man in Betracht zieht, daß das Jahr 1908 ein Krisenjahr war, das fast allen Stellenvermittlungen einen bedeutenden Rückgang an Besetzungen einbrachte.

Weiter ausgebaut wurde auch das Bildungs- und Unterrichtswesen. Mehr als 500 Unterrichtskurse wurden veranstaltet, in besonderen Ferientkursen wurden Lehrer ausgebildet. Durch Wanderkurse wurde auch außerhalb Hamburgs durch Hamburger Lehrer gewirkt. Dabei war immer noch Zeit, neue, weitausschauende Pläne auf dem Gebiete des Unterrichtswesens zu entwerfen, über die erst in einer späteren Auflage dieser Schrift berichtet werden kann.



Als ein Ausbau und zwar ein sehr erfolgreicher Ausbau unserer Bewegung muß auch die im Jahre 1908 erfolgte Gründung unserer Auslands-Zeitschrift „Der Deutsche Kaufmann im Auslande“ bezeichnet werden. Die Zeitschrift, die allen im Auslande befindlichen Mitgliedern umsonst zugeht, ist eine rechte Brücke zur Heimat geworden. Gleichzeitig dient sie dazu, die zahlreichen auswanderungslustigen Kollegen innerhalb der schwarz=weiß=roten oder schwarz=gelben Grenzpfähle über die für den Handlungsgehilfen wichtigen Verhältnisse des Auslandes zu unterrichten.

Zum Schluß dieses Büchleins seien noch zwei Beweise aus dem letzten Vereinsjahr dafür gegeben, daß die sozialpolitische Schulung der Verbandsmitglieder sich nicht etwa auf wenige Tausende beschränkt, sondern daß sie sich breiten Massen mitgeteilt hat.

Der Kölnische Verbandstag hatte bereits den Beschluß gefaßt, von Zeit zu Zeit Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der Handlungsgehilfen zu veranstalten. Im März 1908 konnte die erste Erhebung vorgenommen werden. Nicht weniger als 38 833 ausgefüllte Fragebogen gingen ein. Dabei mußte es die Verbandsleitung den Mitgliedern recht schwer machen, den Fragebogen auszufüllen. Sie mußte nicht nur sehr viele, sondern auch viele solcher Fragen stellen, die der Kaufmann sehr ungern beantwortet.

Wir haben alle Ursache zu dem Glauben, daß die Mitarbeit der fast 40 000 Kollegen dem Stande reichen Segen bringen wird.

Ebenso erfreulich war das Ergebnis einer Sammlung von Unterschriften zugunsten der völligen Sonntagsruhe. Die Masseneingabe konnte mit 128 475 Unterschriften bedeckt den gesetzgebenden Körperschaften zugestellt werden. Noch nie zuvor war aus dem Handlungsgehilfenstande eine derartige Kundgebung hervorgegangen.

Wir sind am Schluß, nicht nur am Schluß unserer Ausführungen, sondern wir stehen auch am Schluß eines Entwicklungs=Abschnitts unseres Verbandes. Das alte Kleid, die alten Satzungen, sie sind uns zu eng geworden. Neue Aufgaben treten an uns heran, derer wir Herr werden müssen und derer wir Herr werden wollen.

Die 16 Jahre, die hinter uns liegen, haben uns nach harter Arbeit reichen Segen gebracht. Mögen uns zukünftige Jahrzehnte neue Arbeit, neue Schwierigkeiten bringen. Wir wollen und werden arbeiten und nicht verzweifeln.

# Die Entwicklung des Verbandes in Zahlen



### Mitgliederbestand:

Nach Abzug der durch Tod, Abmeldung usw. Gestrichenen:

Ende 1895 . . . . .	570	Ende 1902 . . . . .	46 112
„ 1896 . . . . .	2 352	„ 1903 . . . . .	50 216
„ 1897 . . . . .	7 727	„ 1904 . . . . .	56 126
„ 1898 . . . . .	18 277	„ 1905 . . . . .	75 695
„ 1899 . . . . .	32 014	„ 1906 . . . . .	90 413
„ 1900 . . . . .	40 205	„ 1907 . . . . .	107 668
„ 1901 . . . . .	45 744	„ 1908 . . . . .	120 133

### Ortsgruppen:

Ende 1895 . . . . .	7	Ende 1902 . . . . .	725
„ 1896 . . . . .	22	„ 1903 . . . . .	750
„ 1897 . . . . .	106	„ 1904 . . . . .	754
„ 1898 . . . . .	245	„ 1905 . . . . .	912
„ 1899 . . . . .	423	„ 1906 . . . . .	1 054
„ 1900 . . . . .	550	„ 1907 . . . . .	1 172
„ 1901 . . . . .	686	„ 1908 . . . . .	1 297

### Lehrlingsgruppen:

Ende 1905 . . . . .	50	Ende 1907 . . . . .	279
„ 1906 . . . . .	196	„ 1908 . . . . .	355

### Posteingänge:

1895 . . . . .	1 545
1896 . . . . .	5 390
1897 . . . . .	15 791

### Postausgänge:

1895 . . . . .	2 832
1896 . . . . .	7 692
1897 . . . . .	33 505

Posteingänge:		Postausgänge:	
1898 . . . . .	43 405	1898 . . . . .	92 361
1899 . . . . .	79 378	1899 . . . . .	158 132
1900 . . . . .	133 380	1900 . . . . .	232 112
1901 . . . . .	172 500	1901 . . . . .	318 613
1902 . . . . .	171 193	1902 . . . . .	341 129
1903 . . . . .	169 200	1903 . . . . .	468 900
1904 . . . . .	233 590	1904 . . . . .	436 717
1905 . . . . .	277 334	1905 . . . . .	533 030
1906 . . . . .	554 818	1906 . . . . .	856 354
1907 . . . . .	417 041	1907 . . . . .	933 595
1908 . . . . .	511 242	1908 . . . . .	1 071 151

**Deutsche Handels-Wacht.**

1894 . . . . .	200	} Stück versandt.
1895 . . . . .	7 000	
1896 . . . . .	50 000	
1897 . . . . .	130 000	
1898 . . . . .	320 000	
1899 . . . . .	695 000	
1900 . . . . .	926 500	
1901 . . . . .	2 387 000	
1902 . . . . .	1 223 350	
1903 . . . . .	1 175 550	
1904 . . . . .	1 245 000	
1905 . . . . .	1 544 200	
1906 . . . . .	2 009 000	
1907 . . . . .	2 340 900	
1908 . . . . .	2 613 400	

### Stellenvermittlung.

	Bewerber.	Offene Stellen.	Befetzte Stellen.
1896 . . . . .	295	233	31
1897 . . . . .	740	413	70
1898 . . . . .	1 556	767	214
1899 . . . . .	3 503	1 773	442
1900 . . . . .	5 797	2 853	784
1901 . . . . .	9 042	3 109	1 002
1902 . . . . .	8 644	3 139	1 114
1903 . . . . .	7 466	3 184	1 134
1904 . . . . .	7 309	4 325	1 307
1905 . . . . .	7 882	4 666	1 516
1906 . . . . .	9 825	6 115	1 803
1907 . . . . .	13 017	8 483	2 769
1908 . . . . .	16 821	6 986	2 773

### Rechtsschutz.

Rechtsauskünfte.		Erzittene Gehälter.	
1896 . . . . .	90	1896 . . . . .	— <i>M</i>
1897 . . . . .	358	1897 . . . . .	840,60 „
1898 . . . . .	640	1898 . . . . .	3 242,26 „
1899 . . . . .	1 224	1899 . . . . .	9 013,— „
1900 . . . . .	2 388	1900 . . . . .	11 494,29 „
1901 . . . . .	3 591	1901 . . . . .	28 102,85 „
1902 . . . . .	3 785	1902 . . . . .	36 864,71 „
1903 . . . . .	4 756	1903 . . . . .	30 230,11 „
1904 . . . . .	5 577	1904 . . . . .	19 626,29 „
1905 . . . . .	5 819	1905 . . . . .	24 500,67 „
1906 . . . . .	6 895	1906 . . . . .	17 380,29 „
1907 . . . . .	9 040	1907 . . . . .	34 151,05 „
1908 . . . . .	13 944	1908 . . . . .	42 783,90 „
	<hr/>		<hr/>
	58 107		258 230,02 <i>M</i>

Vermittlungen in Streitigkeiten.		Kostenfrei übernommene Prozesse.	
1896	13	1896	—
1897	38	1897	4
1898	154	1898	12
1899	389	1899	30
1900	416	1900	61
1901	856	1901	163
1902	855	1902	202
1903	511	1903	172
1904	564	1904	135
1905	475	1905	35
1906	486	1906	46
1907	697	1907	56
1908	865	1908	91
	6319		1007

Außerdem wurde von 1896 bis 1907 die Herausgabe von 865 Zeugnissen erwirkt, die Mitgliedern vorenthalten waren.

### Auskünfte.

Erteilte Auskünfte über Geschäfte.			
1898	332	1904	2 142
1899	410	1905	3 498
1900	746	1906	5 901
1901	1 758	1907	6 374
1902	1 986	1908	6 538
1903	1 911		31 596

### Versicherung gegen Stellenlosigkeit.

Gezahlte Renten.			
1898	2 300,10 <i>M</i>	1901	39 390,75 <i>M</i>
1899	10 376,40 "	1902	48 314,70 "
1900	18 940,65 "	1903	51 593,19 "

1904 . . . . .	32 326,06 <i>M</i>	1907 . . . . .	30 235,37 <i>M</i>
1905 . . . . .	29 770,22 „	1908 . . . . .	69 222,08 „
1906 . . . . .	30 582,18 „		<u>363 051,70 <i>M</i></u>

**Darlehnskasse.**

Gezahlte Unterstüzungen.

1897 . . . . .	591,20 <i>M</i>	1903 . . . . .	6 040,42 <i>M</i>
1898 . . . . .	2 091,70 „	1904 . . . . .	6 607,66 „
1899 . . . . .	2 244,75 „	1905 . . . . .	8 280,— „
1900 . . . . .	4 694,59 „	1906 . . . . .	9 709,80 „
1901 . . . . .	7 299,95 „	1907 . . . . .	12 406,60 „
1902 . . . . .	8 129,70 „	1908 . . . . .	17 739,51 „
			<u>85 835,88 <i>M</i></u>





Sanfeatische Druck- und Verlags-Anstalt  
e. G. m. b. H., Hamburg 36.